Die Geschichte des Stephanplatzes in Stolp

Ein Kapitel Heimatgeschichte aus dem 19. und 20. Jahrhundert

Von **Otto Laudan**, Stadtvermessungsdirektor



Stolp in Pommern 1934

Die Geschichte des Stephanplatzes in Stolp

Ein Kapitel Heimatgeschichte aus dem 19. und 20. Jahrhundert

Quelle:
Magistratsakten, sofern im Text nicht etwas anderes angegeben ist.

Von **Otto Laudan**, Stadtvermessungsdirektor

Stolp in Pommern 1934

Sonderabdruck aus „Ostpommersche Heimat"
Beilage der Zeitung für Ostpommern

1. Die Quebbe vor dem Neuen Tor.

Es war wüste und leer. Dieses Wort galt mit Recht von der Gegend, die heute den Namen Stephanplatz trägt. Hier vor den Mauern der Stadt war ein Sumpf- und Wasserloch, das der Feldinspektor Meyer in einem Bericht vom Jahre 1848 „die Modderfitze" nennt, das aber amtlich „die Quebbe vor dem Neuen Tor" hieß. An diesem großen Wasserloch stand im Mittelalter die Wippe, ein Balken mit einem Korb, in den die Feld- und Gartendiebe gesetzt und zur Strafe in die Quebbe getaucht wurden. (Aus Dr. Schuppius: Stolp von 1600 bis 1650); sonst ließen dort friedlich die Kinder ihre Schiffchen schwimmen, und an schönen Sommerabenden gab von hier aus ein Chor von Fröschen den auf dem Stadtwall lustwandelnden Bürgerinnen und Bürgern ein Promenadenkonzert.

Wahrscheinlich war diese Modderpfütze der Rest eines Stolpearmes, der zusammen mit der Kasinowiese und dem Kupferteich (heute Bismarckplatz) in vorgeschichtlicher Zeit den niedrigen Hügel im Westen umspannte, auf dem jetzt die Innenstadt steht. Von der heutigen Kleinen Auckerstraße her durchfloß der mit Gebüsch bestandene Auckerbach diese Quebbe und lief dann weiter durch die heutige Bachstraße und den Kupferteich in die Stolpe. Von Westen führte nur ein schmaler Damm — die jetzige Hospitalstraße — zur Stadt. Eine reichlich hoch angelegte Holzbrücke überquerte den Auckerbach. Dann gelangte man in den jetzt abgebrochenen Zingel des Neuen Tors und darauf erst durch das Tor selbst in die Stadt.

Der mittelalterlichen Stadt war der Sumpf- und Wassergürtel mit seinen schmalen Querwegen zu den Toren ein willkommener natürlicher Schutz. Als aber die Stadtmauern im 19. Jahrhundert die Bevölkerung nicht mehr aufnehmen konnten, und vor den Toren Häuser und Straßenzüge entstanden, wurde die Quebbe vor dem Neuen Tor als hinderlich empfunden.

Sicherlich hätte es dem Stadtbild einen besonderen Reiz verliehen, wenn man die Quebbe, die Kasinowiese und den Kupferteich als große Wasserflächen erhalten und ausgebaut hätte. Diese Erwägungen stellte man in der Mitte des vorigen Jahrhunderts jedoch nicht an. Für die verschiedensten Zwecke bestand Mangel an festem Gelände in unmittelbarer Nähe der Innenstadt. Der Kommandeur der Blücherhusaren, Oberst von Pfuhl, suchte schon lange nach einem leicht erreichbaren Fußexerzierplatz für seine in Bürgerquartieren liegenden Reiter. Vor allem brauchte die Stadt einen größeren Marktplatz, denn auf dem Markt stand noch das Rathaus, und die Marienkirche war noch von einem Friedhof umgeben. Besonders zur Zeit der Wollablieferung konnte der Marktplatz die Besucher nicht fassen. Die Stadtverwaltung sah sich daher vor die Notwendigkeit gestellt, einen besonderen Wollmarkt zu schaffen.

So lagen die Dinge, als der Bürgermeister Arnold, der noch das alte Stolp regiert hatte, in den Ruhestand trat. Ihm folgte am 1. Februar 1847 der Bürgermeister Ottomar Runge. In Runge erhielt die Stadt einen tüchtigen Verwaltungsbeamten. Er war 1801 in Mittenwalde in der Kurmark geboren und bereits in seiner Vaterstadt und in Kolberg Bürgermeister gewesen. Trotz seiner kurzen Amtszeit verdankt Stolp seinem Können und seiner Tatkraft viele Neuerungen. Für die Blücherhusaren richtete Runge den jetzigen Spielplatz im Acker als Fußexerzierplatz ein,

und in der Stadtverordneten-Versammlung am 16. Juli 1847 ließ er zur Schaffung eines Platzes für den Wollmarkt die Auffüllung der Quebbe vor dem Neuen Tor beschließen.

Dieser Beschluß war von den städtischen Körperschaften leicht gefaßt. Wie aber sollte man bei seiner Ausführung zu Werke gehen? —

Das der 48er Revolution vorausgehende Jahr 1847 war ein ausgesprochenes Notjahr. Die Ernte war sehr schlecht. Auf dem Stolper Wochenmarkt kam es zu Revolten, sogar die Kaufleute Fritze und Grunau wurden gezwungen, ihre Speicher in der Amtsstraße zu öffnen. Die Hergabe öffentlicher Mittel zur Auffüllung der Quebbe wäre in dieser Zeit von der Bevölkerung nicht verstanden worden. Eine Müllabfuhr mit ihrer alles nivellierenden Tätigkeit gab es 1847 noch nicht in Stolp. Es blieb also weiter nichts übrig, als die Ausgabe der Parole: „Freiwillige vor!"

Der Magistrat erließ unter dem 20. Juli 1847 eine Bekanntmachung, die der städtische Ausrufer Rüh mit Trommelschlag der Bürgerschaft verkündete. Sie lautete:

> „In Uebereinstimmung mit den Herren Stadtverordneten beabsichtigen wir, das linker Hand vor dem Neuenthore belegene Bruch — Quebbe genannt — aufzufüllen und daselbst einen Platz anzulegen, der zunächst zur Aufstellung einer großen Krahmwaage und zum Wollmarkt bestimmt ist.
>
> Die Mittel der Stadthauptkasse sind indeß für dies Jahr durch außerordentliche Unterstützungen zur Beseitigung der Noth so erschöpft, daß sie zu diesem Unternehmen nichts hergeben können; und diesem vielfach gewünschten Unternehmen steht deshalb eine Unterbrechung bevor, wenn nicht auf anderem Wege die Mittel zu beschaffen sind. Einen

solchen Weg hoffen wir gefunden zu haben, wenn wir uns vertrauensvoll an alle hiesigen Einwohner mit der Bitte wenden, dies Unternehmen zu dem Ihrigen zu machen und durch freiwillige Beiträge in barem Gelde, in Fuhren oder Material die Ausführung zu sichern. Wir hoffen, nicht nur etwas Nützliches, sondern auch Etwas zu schaffen, was der Stadt auf immer zur Zierde gereichen wird, und bitten unter den Cirkularen, die wir demnächst erlassen wollen, die Teilnahme für die Stadt zu bestätigen, was wir selbst aus den geringsten Beiträgen schließen werden."

Die Fuhrleute und Ackerbürger trugen sich in die von den fünf Bezirksvorstehern herumgereichten Listen ein. Sie verpflichteten sich, mit zwei und vier Pferden gewisse Tage ohne Bezahlung zu fahren. Die Geldsammlung ergab 113 Reichstaler 25 Silbergroschen. Diesem Betrage fügte die Stadt aus der Mahlsteuer noch 100 Taler hinzu.

Nun entstand die Frage nach der Beschaffung der Sandmengen zum Auffüllen der großen Quebbe.

Abfuhr aus der Brüskower Trift und die Verbreiterung des Engpasses im Birkower Landwege wurden vorgeschlagen. Aber das genügte ja bei weitem nicht für das große Sumpfloch! Nach vielem Hin und Her tat schließlich der Bürgermeister Runge das, was später Oberbürgermeister Hasenjaeger im Jahre 1927 bei der Auffüllung der Inselwiese für den Bauplatz der Lessingschule wiederholte: Er versetzte Berge. 1847 entschloß man sich, den St. Petriberg abzufahren. Der St. Petriberg lag zwischen den Kirchhöfen und der Lohmühle. Heute nimmt seine Stelle die Hindenburgkampfbahn ein.

2. Das Danaïdenfaß.

In dem Bewußtsein, ihrer Vaterstadt durch die Auffüllung der Quebbe einen schönen Platz zu schaffen, begannen die Freiwilligen mit Eifer die Arbeit. Jung und alt waren tätig. Sand, Schutt und Abfälle wurden mit allen möglichen Fahrzeugen herbeigeschafft. Im ersten halben Jahr verschlang die Quebbe 1200 große Fuhren Sand. — Doch der Sand versank. Man sah keinen Erfolg. Die „Modderfitze" gähnte, als wäre nichts geschehen, immer noch in alter Breite vor dem Neuen Tor. Die Fuhrleute hatten längst die zugesagten Fuhren geleistet. Die Arbeit geriet ins Stocken und hörte bald ganz auf. Es half weder Zureden noch Bitten.

Als die Städter nicht mehr zum unentgeltlichen Sandfahren zu bringen waren, entsann sich der Magistrat, daß die Landbevölkerung sich einige Jahre vorher sehr rege an der Auffüllung des Schmiedesteiges, der heutigen Wilhelmstraße, beteiligt hatte. Den Bauern mußte doch in erster Linie daran gelegen sein, einen guten Platz zu erhalten, auf dem sie ihre Wolle zum Verkauf stellen konnten. Der Bürgermeister Runge wandte sich daher an den Landrat von Gottberg mit der Bitte, wenigstens die Ortschaften in der Nähe der Stadt zum Fahren aufzufordern.

Die Hilfe blieb aus. —

Nun griff man zu den gesammelten Talern. Mehrere hundert Fuhren wurden bar bezahlt; doch das war wie ein Tropfen auf einen heißen Stein. Ein Fortschritt in der Auffüllung war nicht zu erkennen. Bald war auch das Geld verbraucht, und die Vollendung des freudig begonnenen Werkes war wieder in Frage gestellt.

Da blieb den städtischen Körperschaften nichts weiter übrig, als in den sauren Apfel zu beißen und Geld zu bewilligen. Fünf Jahre nach dem Beginn der Auffüllung beschloß die Stadtverordneten-Versammlung: „Minuslizitation."

Die beiden Stolper Zeitungen – „Wochenblatt der Stadt Stolp", Herausgeber Delmanzo, und das im Revolutionsjahr 1848 entstandene „Stolper Intelligenzblatt", Herausgeber Silbermann, — brachten im Juli 1852 die Bekanntmachung:

„Die weitere Auffüllung der Wiese — die sogenannte Quebbe vor dem Neuen Tor — soll in dem Zeitraum von etwa zwei Jahren ausgeführt, und die Ausführung dem Mindestfordernden überlassen werden."

Das Ergebnis dieser Ausschreibung glich ganz den heutigen. Die zünftigen Fuhrleute verlangten 5000 Reichstaler. Die beiden Mindestfordernden waren der Bäckermeister Wienandt und der letzte Amtmann der Domäne Probsthof, Fritze. Beide forderten 2000 Reichstaler.

Damals gab es bei den Ausschreibungen noch nicht so scharfe Bestimmungen, wie sie die Reichsverdingungsordnung heute enthält. Man übertrug nicht einem der beiden billigsten Bewerber die Arbeit zu dem geforderten Preise, sondern der Magistrat lud Wienandt und Fritze aufs Rathaus, wo beide sich gegenseitig unterbieten mußten Wienandt ging auf 1100 Taler herunter und erhielt den Auftrag.

Ende August 1852 begann er mit sechs Pferden die Arbeit. Wienandt war Optimist. Er dachte sich die Arbeit und den Verdienst, auch trotz seiner herabgesetzten Forderung, noch leicht. Er wollte den Fuhrleuten zeigen, daß er die Sache auch als Nichtfachmann beurteilen und zustande bringen könne. —

Wienandt fuhr und fuhr und fuhr. Unaufhörlich knarrten seine Sandwagen durch die Stadt. Der St. Petriberg wurde immer kleiner, aber die Quebbe nicht. Sie verschluckte den Sand. Sie schien keinen Grund zu haben.

Da gedachte Wienandt, die Unersättliche zu überlisten. Er wollte dem Danaidenfaß einen Boden einsetzen.

Die Stadt hatte in großen Mengen Faschinen anfertigen lassen, um vor dem Proviantspeicher an der Wasserstraße das Stolpeufer zu befestigen. Wienandt bat den Magistrat, ihm diese Reisigbündel für die Quebbe zu überlassen. Der Magistrat lehnte entschieden ab. Nicht mit Holz, sondern mit Sand sollte die Quebbe aufgefüllt werden! Das Feldbauamt erhielt strenge Anweisung, Wienandt auf die Finger zu sehen, da er bereits versucht hatte, Bretter und Bohlen im Verband in der Quebbe zu versenken.

Als Wienandt fünf Monate gefahren hatte, war er dem Verzweifeln nahe. Wenn er abends meinte, er sei ein gutes Stück mit der Arbeit vorwärts gekommen, mußte er morgens mit Schrekken feststellen, daß während der Nacht der größte Teil der Aufschüttung spurlos in der Modderpfütze verschwunden war. Es stand fest, daß er sich verrechnet, sehr stark zu seinem Nachteil verrechnet hatte. Für 1100 Taler war die Auffüllung der Quebbe nicht zu machen. Schon sah er in Gedanken, wie sein Vermögen in dem Sumpfloch versank, und wie er am weißen Stock aus Stolp ging.

In seiner Not wandte er sich an den Stadtverordneten-Vorsteher, den Braueigner Ludwig Arnold.

3. Ein parlamentarisches Zwischenspiel.

In der Stadtverordneten-Versammlung standen sich seit dem Revolutionsjahr zwei politische Parteien gegenüber: Der konstitutionelle Klub und der Volksverein. Beide bekämpften sich auch in wirtschaftlichen Fragen. Das Organ des Klubs war das „Stolper Wochenblatt", die heutige „Zeitung für Ostpommern". Die Ansichten des Volksvereins vertrat das schon genannte „Intelligenzblatt", die jetzt eingegangene „Stolper Post."

In einer der nächsten Stadtverordneten-Versammlungen trug nun Arnold die „Angelegenheit Wienandt“ vor. Er führte aus, es dürfe nicht zugelassen werden, daß ein Bürger durch unvorhergesehene Schwierigkeiten bei einem städtischen Unternehmen zu Grunde gerichtet werde. Wienandt habe die Auffüllung der Quebbe für einen viel zu geringen Preis angenommen. Abhilfe sei nötig. Er beantragte, Wienandt ein Jahr lang eine monatliche Zulage von 15 Talern zu gewähren.

Der Antrag Arnolds rief bei seinen Gegnern schärfsten Widerspruch hervor. Sie waren der Meinung, über eine Zulage, wenn ihre Bewilligung überhaupt ratsam sei, könne man erst reden nach Fertigstellung der Arbeit und nach Vorlegung einer Abrechnung über die tatsächlichen Kosten. Es kam zu sehr erregten Auseinandersetzungen, die ihren Höhepunkt erreichten, als der Stadtverordnete Gohrband, ebenfalls Braueigner und somit Konkurrent von Arnold, seiner Verwunderung Ausdruck gab, daß überhaupt kein schriftlicher Antrag von Wienandt vorliege. Der ganze Streit drehe sich um eine persönliche Ansicht des Stadtverordneten-Vorstehers Arnold, der mit seinem Antrage weniger die Interessen der Allgemeinheit als die eines Einzelnen zu vertreten scheine. Dieses Mißtrauen brachte Arnold in Harnisch. Er rief mit Schärfe: „Wenn man mir nicht einmal Glauben schenkt, daß ich von Wienandt beauftragt bin, so sehe ich mich veranlaßt, mein Amt als Vorsteher niederzulegen.“

Dies war nur eine Geste; sie bewirkte aber, daß Ruhe eintrat. Man schritt zur Abstimmung. Ergebnis: 10 Stimmen für und 16 Stimmen gegen die Zulage. Also abgelehnt.

Da entstand erneut Lärm im Sitzungssaal. Man rief: „Die Zählung der Stimmen ist unrichtig erfolgt. Es haben sich noch nachträglich einige Stadtverordnete erhoben!“

Der Stadtverordneten-Vorsteher ordnete eine Wiederholung der Abstimmung an. Diese ergab 13 Stimmen dafür, 13 dagegen. Der Vorsteher Arnold gab den Ausschlag. Er stimmte für seinen Antrag. Die Gewährung der monatlichen Zulage von 15 Talern an Wienandt für die Zeit eines Jahres war damit angenommen. — Hohnlachen auf der Seite der Gegner. Man ging verbittert auseinander.

Wienandt aber in seiner Freude beantwortete das Entgegenkommen der Stadtväter mit einer Danksagung im „Intelligenzblatt."

4. Die mißvergnügten Fuhrleute

War durch die Bewilligung der Zulage die Aufregung in der Stadt schon groß, so kam sie zum offenen Ausbruch, als das Intelligenzblatt erschien, und man die gutgemeinte öffentliche Danksagung von Wienandt las. Die Erregung machte sich Luft in einem Schreiben an den Magistrat, unterzeichnet von 60 Ackerbürgern und Fuhrleuten. Es heißt darin:

„Wir protestieren gegen die monatliche Vergütung von 15 Talern an Wienandt. Die Auffüllung der Quebbe ist an den Mindestfordernden ausgetan worden. Wienandt hat sich den Preis selbst heruntergesetzt und uns Fuhrleuten den Verdienst genommen. Als in einem ähnlichen Falle Ackerbürger mit Nachforderungen kamen, wurden sie von dem Bürgermeister Runge abgewiesen mit dem Bescheid, daß bei einer öffentlichen Entreprise ein jeder seinen Schaden tragen müsse. Warum wird denn bei einem so wohlhabenden Mann wie Wienandt eine Ausnahme gemacht? — Wir bitten den Wohllöblichen Magistrat, zu veranlassen, daß die Mitglieder des Gemeinderates, die für die Zulage gestimmt haben, widerrufen, oder das Geld aus ihrer eigenen Tasche bezahlen. Sollte aber unser Gesuch bei dem Wohllöblichen Magistrat kein Gehör fin-

den, so sehen wir uns genötigt, unsere gerechte Beschwerde einer höheren Behörde vorzutragen.“

Der städtische Syndikus, Justizrat Henkel, suchte die Gemüter zu beruhigen. Das Gesuch der Fuhrleute mußte er jedoch ablehnen. Er tat es mit der Begründung, daß es dem väterlichen Charakter einer städtischen Obrigkeit nicht zieme, von der Uebereilung eines Bürgers Gebrauch zu machen.

Von der Väterlichkeit wollten die Ackerbürger und Fuhrleute aber nichts wissen, und da inzwischen Näheres über die Bewilligung der Zulage in der Stadtverordnetenversammlung, deren Oeffentlichkeit man im Revolutionsjahre 1848 erreicht hatte, bekannt geworden war, ließen sie dem Magistrat zurückschreiben:

„Wir halten die Abstimmung in dieser Sache für ungesetzlich; der Herr Vorsteher hat seine Funktion überschritten. Von einer Uebereilung Wienandts kann keine Rede sein. Erst acht Tage nach dem Ausschreibungstermin hat er sich mit Amtmann Fritze von 2000 auf 1100 Reichstaler herunter getrieben. Er muß seinen Schaden allein tragen. Wenn die Bewilligung nicht widerrufen wird, hat der wohllöbliche Gemeinderat sein Recht vergeben und muß einem jeden Bittsteller, der angibt, sich bei einer städtischen Entreprise übereilt zu haben, eine Zulage gewähren. Bittsteller dieser Art dürften sich genug finden. Wir Bürger aber haben den Schaden zu bezahlen.“

Dies Schreiben rief wiederum den Stadtverordnetenvorsteher Arnold auf den Plan. Er ersuchte den Magistrat, die Beschwerdeführer unter Androhung der Klage aufzufordern, die Verleumdung gegen ihn zurückzunehmen.

Die Fuhrleute antworteten: „Es ist uns nicht in den Sinn gekommen, den Vorsteher des Gemeinderates, Herrn Arnold, weder persönlich, noch in seinem Amt zu beleidigen. Was aber die Sache anbetrifft, so halten wir unser Gesuch

in allen Stücken aufrecht! Wir glauben, daß den Behörden nicht das Recht zusteht, zum Vorteil eines Einzelnen und zum Nachteil Vieler, Präsente zu machen, wie es im Falle Wienandt geschehen ist.

Da nun unsere Beschwerde keine Berücksichtigung bei einem Wohllöblichen Magistrat gefunden hat, so haben wir uns mit unserer Bitte um Entscheidung der Sache bereits an die Königliche Regierung gewandt, so leid es uns tut, gegen Behörden, die aus unsern Mitbürgern bestehen, solche Maßregeln ergreifen zu müssen."

Um der Sache die Spitze abzubrechen, sandte der Magistrat unaufgefordert einen langen Bericht an die Regierung nach Köslin. Es wurde darin ausgeführt, wie es zur Auffüllung der Quebbe gekommen, und wie Wienandt „Minuslicitant" geworden sei. Wienandt habe sich alle Mühe gegeben, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Es habe sich aber herausgestellt, daß in der Quebbe Stellen vorhanden seien, deren Auffüllung eine Kraftanstrengung und eine Sandmenge erfordern, die kein Mensch voraussehen konnte. Die Stadtverwaltung habe Wienandt daher die monatliche Zulage gewährt. Diese im Interesse der Sache gebotene Bewilligung habe die Mißgunst einiger Einwohner erregt, die, von gewisser Seite aufgestachelt, sich beschwerdeführend an die Regierung gewandt hätten. Den Beschwerdeführern hätte man die Arbeit, abgesehen davon, daß sie 5000 statt 1100 Taler forderten, nicht übertragen können, weil man fürchten mußte, sie würden den Vertrag nicht halten. Wienandt dagegen hätte die beste Gewähr für ordentliche Ausführung der Arbeit geboten.

Die Regierung antwortete am 25. Mai 1853 den Fuhrleuten auf ihre Beschwerde sehr kurz. In der Verfügung heißt es, die Regierung finde nach Einsicht der Akten keine Veranlassung, den Beschluß des Gemeinderates aufzuheben, der dem

Rentier Wienandt einen monatlichen Zuschuß von 15 Talern auf ein Jahr zubillige.

Es ist nicht überliefert, was die Fuhrleute zu dieser Entscheidung der Regierung gesagt haben. Es ist auch nicht nötig. Jedermann weiß, wie Fuhrleute fluchen können.

5. Nur Beharrung führt zum Ziel.

Allmählich beruhigte sich die Bürgerschaft wieder, denn jeder sah, daß Wienandt sich die größte Mühe gab, das Quebbenungeheuer zu bezwingen. Er hatte sechs, zeitweise sieben Pferde. Unaufhörlich rollten seine Sandwagen vom St. Petriberg durch die Stadt nach dem Neuen Tor. Aber der Aufwand der Arbeit stand in keinem rechten Verhältnis zu dem Erfolg. Wieder war ein Jahr vergangen. Der monatliche Zuschuß hörte auf. Das Ende der Arbeit war noch nicht abzusehen.

Da wandte Wienand sich abermals mit der dringenden Bitte an die Stadt, ihm den monatlichen Zuschuß von 15 Talern weiter zu belassen. Er wies auf die schlechten Zeiten hin. Keiner habe bei der Uebernahme der Arbeit außer den großen Schwierigkeiten die hohen Kornpreise voraussehen können. „Sechs schwer arbeitende Pferde wollten fressen."

Der Magistrat beschloß hierauf, Wienandt 135 Taler zuzulegen unter der Bedingung, daß er bis zum 1. Oktober 1854 die Auffüllung beendet habe. Die Stadtverordnetenversammlung lehnte jedoch mit 17 gegen 14 Stimmen jede weitere außerordentliche Zahlung ab.

Aber Wienandt ließ nicht nach. Er schrieb ein neues Gesuch. Er sagte, die Herren Vertreter der Stadt müßten doch die Ueberzeugung gewonnen haben, daß er bemüht sei, das begonnene Werk mit Ernst und Fleiß zu vollenden.

Vom Standpunkt der starren Vertragslehre aus könne er keine Zulage beanspruchen, auch wenn das Unternehmen ihn zu Grunde richte. Vor dem „Recht" gehe aber „gerechte Billigkeit". Diese erwarte von den Vätern der Stadt ein treuer Bürger, der aus Irrtum und durch allzugroßes Interesse für das städtische Wohl verleitet worden sei, den Preis für die Arbeit so außerordentlich niedrig zu stellen.

Wienandt hatte Erfolg. In der Sitzung am 9. Juni 1854 waren nur 21 Stadtverordnete anwesend, und diese bewilligten ihm mit Rücksicht auf die hohen Kornpreise eine außerordentliche Zulage von 180 Talern.

Wienandt, neu ermutigt, erhöhte seine Anstrengungen, so daß er am 26. September 1854 dem Magistrat melden konnte: Die Auffüllung der Quebbe ist fertig! Er bat um Abnahme und Zahlung des ihm noch zustehenden Betrages von 390 Talern.

Ein Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung, dem die damals führenden Männer angehörten, wie der Stadtverordnetenvorsteher Arnold, der Braueigner Gohrband, der Konsul Küster, die Kaufleute Wilhelm Hosenfeldt, E. G. Meyer, Pila, Westphal, Thiemann und der Konsul Grunau, begutachtete das Werk. Die Herren waren Wienandt wohlgesonnen. Sie kamen zu dem Beschluß, streng genommen habe Wienandt seine Verpflichtungen nicht erfüllt, denn die Auffüllung erreiche nicht die vorgeschriebene Höhe der angrenzenden vier Straßendämme. Aber mit Rücksicht auf den ungünstigen Vertrag und die hohen Kornpreise der letzten beiden Jahre wolle man des grausamen Spiels genug sein lassen und die Arbeit als vollendet ansehen.

Die Stadtverordnetenversammlung trat mit 17 gegen 7 Stimmen dem Beschluß des Ausschusses bei.

Wienandt atmete, wie von einem Alpdrücken befreit, auf und verkaufte wegen der hohen Kornpreise sofort seine Pferde.

Da aber kam ein neuer Pharao ins Land, der nichts von Wienandts Nöten wußte, und der ihm einen dicken Strich durch die Rechnung machte.

Im Jahre 1854 schied der Bürgermeister Ottomar Runge nach siebenjähriger Tätigkeit aus dem Amt. Er hatte durch seine konservative Einstellung während der Revolution das Vertrauen der Mehrheit im Parlament verloren. Die Regierung ernannte ihn zum Landrat in Schlochau. Später ist er als Privatmann nach Stolp zurückgekehrt und hier im Jahre 1881 gestorben.

Runges Nachfolger, der Bürgermeister Wahl, war ein starrer Jurist. Er ließ durch den Bauführer Schulz ein Nivellement ausführen, durch das festgestellt wurde, daß noch 207 Schachtruten Sand in der Quebbe fehlten. Wahl gab darauf den Beschluß über die Abnahme der Auffüllungsarbeiten der Stadtverordnetenversammlung zurück mit dem Bemerken, daß er die restlichen 390 Taler an Wienandt nur nach vertragsmäßiger Ausführung der Arbeit zahle.

Die gefügige Stadtverordnetenversammlung widerrief in der nächsten Sitzung die Abnahme und beschloß im Sinne des Bürgermeisters. Die Auffüllung der Quebbe wurde als unvollkommen bezeichnet.

Nun mußte also Wienand wieder fahren, wenn er sein Geld haben wollte. Er sträubte sich und führte viele Entschuldigungsgründe an: Durch den schlechten Untergrund sei die Auffüllung gesunken. Ferner sei die Fläche durch die Benutzung als Exerzier- und Reitplatz — in seiner Gutmütigkeit habe er nichts dazu gesagt — sehr festgestampft worden. Wenn er den Boden aufgraben ließe, wäre die vorgeschriebene Höhe sicher vorhanden. Doch daran könne dem Magistrat doch nicht gelegen sein. 25000 Fuhren Sand habe er in die große Quebbe hineinge-

fahren. Die Absicht, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, läge ihm fern. Nur um die Last der hohen Futterkosten los zu werden, habe er die Gespanne sofort nach dem ersten Stadtverordnetenbeschluß verkauft. Heute sei es ihm gar nicht mehr möglich, weitere Fuhren zu leisten. Er bat dringend um Auszahlung der zurückgehaltenen 390 Taler.

Der Bürgermeister Wahl blieb starr. Er antwortete, Wienandt möge ungesäumt seinen Verpflichtungen nachkommen. Ungern würde er die noch ausstehenden Arbeiten auf Wienandts Kosten anderweitig vergeben.

Es blieb Wienandt nichts übrig, er mußte nach Beschaffung von Pferden von neuem mit dem Sandfahren beginnen. Wieder knarrten seine Wagen durch die Stadt, bis er im Juni 1855 melden konnte: „Die noch fehlenden 207 Schachtruten gleich 828 Fuhren sind nachgeholt. Bitte Abnahme!"

Wiederum trat der Ausschuß zusammen. Wiederum gingen die Herren prüfend um den Platz herum und stellten schließlich als Ergebnis der Besichtigung fest: Ein Nivellement ist zwar nicht aufgenommen worden, aber der Augenschein lehrt, daß jetzt noch genau soviel Schachtruten Sand fehlen, wie im vorigen Herbst. Aber jeder, der sich nur einigermaßen um die Sache gekümmert hat, weiß, daß Wienandt unermüdlich und wohl sicher 207 Schachtruten nach der ersten Besichtigung angefahren hat. Der Beweis ist erbracht, daß die Senkungen noch für längere Zeit anhalten werden.

Mit Rücksicht hierauf und auf den ungünstigen Vertrag empfahl der Ausschuß, die Arbeit als vollendet anzusehen.

Magistrat und Stadtverordnetenversammlung schlossen sich an. Wienandt erhielt die restlichen 390 Taler ausgezahlt.

Wienandt hat rund 26000 Fuhren geleistet und hat dafür 1460 Taler erhalten. Das ergibt

für eine Sandfuhre von der Hindenburgkampfbahn nach dem Stephanplatz 17 Pfennige. War der Geldwert damals auch ein höherer als heute, so steht doch fest, daß Wienandt bei dieser Arbeit keine Reichtümer erworben hat.

Die immer wieder auftretenden Senkungen hat das städtische Feldbauamt von Zeit zu Zeit nachfüllen lassen. Man kann wohl sagen, daß zur Zuschüttung der großen Quebbe vor dem Neuen Tor über 30 000 Fuhren Sand nötig gewesen sind.

Welcher Stolper Bürger denkt, wenn er heute über den Stephanplatz geht, oder wenn er die von Stadtrat Weegmann erbaute Hindenburgkampfbahn bewundert, noch der im wahrsten Sinne des Wortes grundlegenden Arbeiten, die Bäckermeister Wienandt auf beiden Plätzen geleistet hat!

6. Das erste Kriegerdenkmal.

Der aufgefüllte Platz lag wüst und leer da. Im Osten umrahmte ihn der Wall mit seinen Linden. Dahinter das Neue Tor, die alte Stadtmauer, an der die Häuser der Mauerstraße hingen, und das Schützenhaus. Die Südseite ist heute noch unfertig. An der Westseite lagen die niedrigen Wohn- und Stallgebäude des Pferdehändlers Simson und das Hospital zum heiligen Geist mit seinem Garten. An dieser Seite des Platzes floß noch bis zur Kanalisation, den Kindern und Anglern zur Freude, der Auckerbach in einem breiten Bett. An der Nordseite baute im Jahre 1866 der Bankier Friedländer sein stattliches Haus, das heute Eigentum des Landwirtschaftlichen Konsumvereins ist.

Entsprechend seiner Hauptbenutzung erhielt der Platz den amtlichen Namen „der Wollmarkt". Hier bot sich ein geräumiges Feld für Ausstellungen, für Viehmärkte und Schaustellungen jeglicher Art.

Endlich fand sich Gelegenheit, dem Platz eine höhere Weihe zu geben. Als nach dem deutsch-französischen Kriege die Blücherhusaren 1873 noch als Besatzungstruppe in Lunéville lagen, riefen der Bürgermeister Stössel, der Rittergutsbesitzer von Zitzewitz-Muttrin und der Kommerzienrat Grunau zur Errichtung eines Denkmals für die Gefallenen von 1870-71 auf. Anfangs wollte man nur den 20 vorm Feind gebliebenen Husaren, von denen neun im Gefecht bei Ormes am 4. Dezember 1870 gefallen sind, ein Ehrenmal errichten. Schließlich aber fand der Plan, das Denkmal allen Gefallenen des Kreises Stolp zu widmen, allgemeine Zustimmung.

Auf allen großen Schlachtfeldern um Metz, bei Sedan und vor Paris hatten Söhne des Stolper Landes ihr Leben fürs Vaterland hingegeben. Die Zahl der Nichtheimgekehrten betrug rund 300. Viele Gardisten waren am 18. August beim Sturm auf St. Privat gefallen. Im Gefecht bei Dijon am 30. Oktober 1870 fielen außer dem Fahnenträger Pionke vom Regiment 61 der Unteroffizier Potratz aus Stolp und der Musketier Adam aus Vangerske. Die meisten Verluste aber hatte das 6. Pommersche Infanterie-Regiment Nr. 49 am 2. Dezember 1870 bei Champigny, wo die Franzosen unter General Ducrot einen verzweifelten Durchbruchversuch aus dem belagerten Paris unternahmen.

Der General Ducrot war bei Sedan, wo er ein Korps geführt hatte, gefangengenommen worden. Sein Ehrenwort brechend, floh er nach Paris, wo ihm eine der drei dort aufgestellten Armeen in Stärke von 100 000 Mann übergeben wurde. Er ist bekannt geworden durch seinen feurigen Aufruf, den er vor dem Durchbruchsversuch bei Champigny erließ. Es heißt darin: „Ich kehre nur tot, oder als Sieger zurück; ihr könnt mich fallen, aber nicht weichen sehen!“ Ducrot kehrte nach zwei Tagen lebend, aber ge-

schlagen zurück. Die Franzosen nannten ihn daher „le général ni l'un ni l'autre" (General weder — noch). Der Angriff wurde von den Württembergern, Sachsen und Pommern zurückgeschlagen. Von den drei pommerschen Brigaden, die am 2. Dezember mitfochten, blieben über 1400 Mann. Viele Ortschaften des Kreises Stolp hatten hier mehrere Tote.

Entwürfe für das Denkmal gingen merkwürdig wenig ein. Eine Berliner Zinkgießerei stellte fabrikmäßig Kriegerdenkmäler her. Sie bot eine Germania als „Wacht am Rhein", sowie eine stehende oder sitzende Viktoria von Rauch an. Die Preise bewegten sich um 400 Taler.

Aus Stolp legte der Baumeister Pippow mit einer eingehenden Erläuterung einen Denkmalsentwurf vor, der auf einem hohen Unterbau einen Sarkophag, bedeckt mit militärischen Emblemen und Trophäen, darstellte. Ausgeführt in Granit mit Bronzeschmuck sollte das Denkmal 5000 Taler kosten. Das war dem Ausschuß zu teuer. Er glaubte, die Kosten nicht aufbringen zu können. Pippow machte deshalb einen neuen Entwurf. Den Granit ersetzte er durch Sandstein. Die Kosten ermäßigten sich dadurch auf 4000 Taler Nach dem zweiten Entwurf ist das Denkmal, das heute auf dem Ehrenfriedhof steht, ausgeführt worden.

Der Ausschuß leitete Geldsammlungen ein. Der Kreistag bewilligte 1500 und die Stadtverordneten-Versammlung 500 Taler. Der Rest von 2000 Talern wurde durch freiwillige Beiträge aufgebracht.

Nun stand man vor der Platzfrage. Der Denkmalsausschuß und die städtischen Körperschaften sprachen sich für den Wollmarkt aus. Hiergegen wurden aus der Bürgerschaft lebhafte Bedenken erhoben. Es wurde auf den schlechten Baugrund hingewiesen. Die Fundamentierung würde sehr schwierig und kostspielig werden. Auf der großen leeren Fläche würde das Denkmal zu

klein und zu einsam erscheinen. Besonders aber wurde betont, daß das Denkmal für die Gefallenen nicht an einen so geräuschvollen, belebten Platz gehöre, der dauernd durch das zum Verkauf gestellte Vieh verunreinigt, auf dem Wolle, Heu, Stroh, Holz und andere Waren feilgeboten und der nebenher zu Schaustellungen und Belustigungen jeder Art benutzt würde. Wie sollte hier eine Weihestimmung aufkommen? —

Die Gegner schlugen vor, das Gefallenendenkmal unter die hohen Bäume des Schmatzkenberges zu setzen, auf dem heute die Gertraudenkapelle steht.

Der Streit ging hin und her. Die Gründe, die gegen den Wollmarkt sprachen, waren schwer zu widerlegen. Ausschlaggebend war schließlich das Bestreben, das Veilchen nicht im Verborgenen blühen zu lassen, und man entschied sich trotz allem für die Aufstellung auf dem damals noch ungepflasterten Wollmarkt. Die Enthüllungsfeier fand am Donnerstag, dem 30. September 1875 statt.

Als das Denkmal 20 Jahre gestanden hatte, und die Stadt sich zur Feier der 25jährigen Wiederkehr des Tages von Sedan rüstete, fand man das Ehrenmal in einem nicht sehr würdigen Zustand. Staub und Moos bedeckten den Sandstein Fast kein Name war mehr zu lesen. Rost überzog das Gitter. —

Der Krieger- und Militärverein wandte sich an den ersten Bürgermeister Matthes und regte zur Erneuerung des Denkmals eine Geldsammlung an. Matthes verfügte, die Unterhaltung des Denkmals sei allein Sache der Stadt. Auf seine Veranlassung bewilligten die städtischen Körperschaften für die Instandsetzungsarbeiten 600 Mark. Der Kreisausschuß wollte aber nicht zurückstehen und steuerte ebenfalls 300 Mark bei.

In dieser Zeit, kurz vor der Jahrhundertwende, wurden die Pläne für das neue Rat-

haus fertig. Zu der Größe und Höhe des Gebäudes stand das Denkmal in keinem rechten Verhältnis. Bürgermeister Matthes gab den Kriegervereinen und dem Kreisausschuß in einem Schreiben vom 14. April 1900 seiner Meinung dahin Ausdruck, daß das 1875 errichtete Kriegerdenkmal keinen Anspruch auf Kunstwert habe. Dies würde um so mehr in Erscheinung treten, je mehr der Stephanplatz — inzwischen war der Wollmarkt zu Ehren des am 7. Januar 1831 in Stolp geborenen Generalpostmeisters Heinrich von Stephan umbenannt worden — an Bedeutung gewinne. Ganz besonders würde die Form des Denkmals unangenehm auffallen, sobald erst das monumentale Rathaus den Hintergrund bilden würde. Die vielfachen abfälligen Bemerkungen über das Denkmal würden sich vermehren, und der hohe Zweck des Kriegerdenkmals würde stark beeinträchtigt.

Matthes regte an, das Denkmal auf den Schmatzkenberg zu versetzen, sofern die Kriegervereine nicht einen besseren Platz in Vorschlag bringen könnten.

Dieses Schreiben von Matthes schlug bei den Kriegervereinen ein wie eine Bombe.

Der Krieger- und Militärverein erwiderte umgehend: „Das Schreiben war Gegenstand unserer Generalversammlung. Es rief allgemeine Entrüstung hervor, umsomehr, als ein Platz in Vorschlag gebracht wird, der sich bei seiner versteckten Lage nicht im geringsten für ein derartiges Denkmal eignet. Ein Kriegerdenkmal ist nicht zu vergleichen mit einem alten Möbel, welches, wenn es dem Auge nicht mehr gefällt, oder für eine feinere Wohnung nicht mehr paßt, einfach in die Rumpelkammer geworfen wird. Die sehr zahlreich besuchte Versammlung, welcher auch sieben Offiziere beiwohnten, beschloß einstimmig, diesem Projekte mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten."

Der Verein wandte sich in der Sache an den Vorstand des deutschen Kriegerbundes und an den Regierungspräsidenten.

Maßvoll antwortete der Kriegerverein 1876. Er gab zu, daß das Denkmal nicht mehr zeitgemäß sei. Vielleicht könne man Aenderungen in der Form vornehmen, sowie das Denkmal mit gärtnerischen Anlagen und größeren Bäumen umgeben. —

Eine scharfe Attacke dagegen ritt der Verein ehemaliger Blücherhusaren. In seiner Antwort heißt es unter anderem: „Wir halten es für geradezu pietätlos, eine derartige Anregung zu fördern, da uns das Gedächtnis derer, die auf den Schlachtfeldern ihr Blut für König und Vaterland verspritzt haben, für höher und erhabener gilt, als die Unterstützung solch vermeintlicher Schönheitsrücksichten! Wir werden darauf bestehen, daß an die Stätte des heimatlichen Bodens, wo s. Z. Dankbarkeit und weiser Rat das Denkmal an Grabesstatt setzten, keine Hand zu fraglichem Zwecke angelegt wird. —

Auch der Kreisausschuß lehnte eine Versetzung des Denkmals entschieden ab. —

Der erste Bürgermeister Matthes stand allein auf weiter Flur. Erst mehrere Jahre nach seinem Fortgang aus Stolp tat man, was er angeregt hatte. 1910 wurde das alte Denkmal abgebrochen und durch das Reiterstandbild Kaiser Wilhelms I. ersetzt. —

7. Der Rathausbau am Stephanplatz.

Drei Rathäuser sind in der Geschichte Stolps bekannt. Das aus dem Mittelalter stammende Rathaus mit Staffelgiebel und Dachreiter wird von Brüggemann in seinem 1784 erschienenen Werk „Ausführliche Beschreibung des gegenwärtigen Zustandes der Kgl. Preußischen Herzog-

thümer Vor- und Hinterpommern" mit den Worten erwähnt: „In der Stadt mitten auf dem Markte stehet das Rathaus, welches einen Turm mit einer Schlageuhr hat. Es ist ein altes Gebäude, und die darinn befindliche sehr geräumige Kaufmannsbörse dienet zu einem Denkmal von dem ehemaligen Flor des hiesigen Handels. Außer der Börse, den Ratsstuben und dem Archiv befinden sich in dem Rathause noch die Kgl. Accise, Hauptwache, Stadtwage, Rathsapotheke, des Oberdieners und des Gerichtsdieners Wohnung, das Feuersprützenbehältniß, die Gefängnisse und in einem Nebengebäude der Fleischscharren." — Auf dem Stadtbild der Lubinschen Karte von Pommern aus dem Jahre 1618 ist das alte Rathaus z. T. dargestellt.

Dieses alte Gebäude war 1791 so baufällig, daß der Bau eines neuen Rathauses in die Wege geleitet wurde. Die Kosten für den Neubau berechnete man mit 7687 Talern. Mancher biedere Bürger schüttelte den Kopf über diese hohe Summe und sah das Gebäude als viel zu großartig für die 5000 Einwohner zählende Stadt an. Auch die Aufsichtsbehörde in Berlin war dieser Auffassung. In einem Ministerialerlaß vom 11. Juni 1797 an die Kriegs- und Domänenkammer in Stettin heißt es: „Wir haben Euch schon mehrmals zu erkennen gegeben und müssen es bei Gelegenheit der unterm 15. April von Euch eingesandten Anschläge und Zeichnungen zum neuen Rathause in Stolpe nochmals wiederholen, daß der Hang zum Bauen in dortiger Provinz seit einigen Jahren bis zur Ausschweifung ohne alle gehörige Rücksicht auf die zweckmäßige Abteilung des Zimmergelasses und auf den Kostenbedarf getrieben wird. Es scheint, daß in allen Provinzstädten die sonst aus einigen wenigen Zimmern bestehende Rathausgebäude gleich ein Palais mit großen Konferenzsälen und vielen auditoriis, auch freye Wohnungen verwendet werden sollen.

Bei Stolpe geht es mit dieser Ausschweifung außerordentlich weit . . ."

Wohlverstanden, es war im Jahre 1797, als die Stolper zu solchen „Ausschweifungen" neigten. —

Das Rathaus wurde 1798, nach dem Abbruch des alten, an der gleichen Stelle auf dem Markt, den damaligen Verhältnissen entsprechend, groß und geräumig errichtet. Doch die Stadt und mit ihr die Verwaltungsaufgaben wuchsen. Justiz, Hauptwache und Verkaufsläden, die im Rathause untergebracht waren, mußten nach und nach weichen. Schließlich genügte das Gebäude selbst nicht mehr für die städtische Verwaltung. Als im Jahre 1882 das frühere Lyzeumsgebäude in der Arnoldstraße fertig wurde, richtete man die alte Lateinschule an der Butterstraße, in der bis dahin die höhere Mädchenschule untergebracht war, für einen Teil der Verwaltung her. Hier tagte auch die Stadtverordneten-Versammlung.

So fand der erste Bürgermeister Hans Matthes die Dinge vor, als er im Jahre 1893 seinen Vorgänger Wilhelm Maurer ablöste, der nach zweijähriger Amtstätigkeit wegen Geisteskrankheit aus dem städtischen Dienste schied. In dem erst 33jährigen Matthes hatte die Stadt den Mann gefunden, der nicht nur die Aufgaben erkannte, Stolp zu einer modernen Stadt zu machen, sondern der auch die Tatkraft besaß, sie zu lösen.

Gleich im ersten Jahr seiner Amtstätigkeit forderte Matthes von den städtischen Körperschaften den Bau der Wasserleitung, der Kanalisation und einer Schule (Gemeindeschule in der Wollmarktstraße); er wies auch auf die Notwendigkeit des Rathausneubaues hin.

Ein Ausschuß, dem der Magistrat die Rathaussache überwies, schlug eine Erweiterung des alten Rathauses durch Aufsetzen eines Stockwerkes vor, — die Kosten wurden mit 73 000 Mark berechnet, — oder einen Neubau auf dem Blücherplatz (jetzt Bismarckplatz) mit einem Kostenaufwand von 200 000 Mark. Der Magistrat ent-

schied sich für den Neubau. Die Stadtverordneten-Versammlung lehnte jedoch am 14. Februar 1894 sowohl die Erweiterung des alten Rathauses als auch den Neubau der hohen Kosten wegen ab. Sie bewilligte nur 400 Mark zur Beschaffung von Räumen, die durch die Vermehrung der Geschäfte infolge der Einführung des Kommunalabgabengesetzes nötig wurden. Die neuen Geschäftszimmer wurden durch Teilung vorhandener Räume hergestellt.

Im Jahre 1896 trat wiederum Platzmangel ein. Zur Unterbringung der Polizei mußten acht Räume in dem Thiemannschen Hause, Markt, Ecke Kirchplatz (Zigarrengeschäft Hartmann) gemietet werden. Die Jahresmiete betrug in dieser Geschäftsgegend 3700 Mark.

Diese Gelegenheit benutzte Matthes nochmals, um den städtischen Körperschaften vorzurechnen, daß nicht nur durch den Rathausneubau der Dienstbetrieb verbessert würde, sondern daß man gegenüber den bestehenden Verhältnissen Geld sparen würde. Die Stadtväter erkannten die Berechnung an, hatten aber doch noch mancherlei Bedenken. Auch der Stadtbaurat Schulz erklärte, daß er von den bereits eingeleiteten größeren Bauten so in Anspruch genommen sei, daß er weitere Arbeiten nicht übernehmen könne.

Erst nachdem die 24klassige Volksschule nebst Turnhalle in der Wollmarktstraße mit einem Kostenaufwand von 254 800 Mark, sowie die städtische Wasserleitung fertiggestellt waren, und die Stadt am 1. April 1898 aus dem Verbande des Landkreises ausschied, entschlossen sich die städtischen Körperschaften, wenige Tage nach grundsätzlicher Genehmigung der Kanalisation im Juni 1898, auch dem Rathausbau ernstlich näher zu treten. Sie bewilligten einen Kredit von 500 000 Mark.

Schon vorher hatte die Verwaltung sich mit der Bauplatzfrage beschäftigt. Das zu Anfang in Aussicht genommene Gelände am Bismarckplatz

zwischen Goldstraße und Bahntor gab man des schlechten Baugrundes wegen auf, denn die Bohrungen ergaben dort eine fünf Meter tiefe Fundierung. Matthes verhandelte darauf mit der Kaufmannschaft über den Ankauf des Wallhausgrundstückes. Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft war zum Verkauf bereit, jedoch die Generalversammlung lehnte ab. Da machte auf einer Sitzung des Kuratoriums der Hospitäler, in der der Neubau des Hospitalgebäudes besprochen wurde, der Stadtverordnete Landschaftsrentmeister Wilhelm Kahl den Vorschlag, Gebäude und Garten des Hospitals zum heiligen Geist an der Ecke Stephanplatz-Hospitalstraße der Stadt als Bauplatz für das geplante neue Rathaus anzubieten. Der Vorschlag fand den Beifall von Matthes, und am 31. März 1897 beschloß die Stadtverordneten-Versammlung den Ankauf des Hospitalgrundstückes zum Preise von 100 000 Mark.

Noch im gleichen Jahre bewilligten die städtischen Körperschaften 7000 Mark für einen Wettbewerb, offen für alle reichsdeutschen Architekten, zur Erlangung eines brauchbaren Bauentwurfes. Nach eingehender Prüfung der Raumfrage wurden für das Preisausschreiben als Baukosten 300 000 Mark bestimmt. Eine Ueberschreitung von 10 v. H. wurde zugelassen. Es wurden drei Preise zu 3000, 2000 und 1000 Mark für das Schiedsgericht und für sonstige Nebenkosten vorgesehen.

Als Preisrichter wurden vorgeschlagen: Professor Ende-Berlin, Stadtbaurat Licht-Leipzig und Stadtbaurat Meyer-Stettin. Ende und Meyer nahmen an. Licht, der durch die Vorarbeiten für das neue Leipziger Rathaus stark in Anspruch genommen war, lehnte ab. An seine Stelle trat der Stadtbaurat Plüddemann in Breslau. Außerdem gehörten zum Preisrichterkollegium erster Bürgermeister Matthes und der Stadtverordneten-Vorsteher Kaufmann

Karl Frank. Auf die Mitwirkung des Stolper Stadtbaurats Schulz wurde verzichtet. Schulz verlangte für die starke Vermehrung seiner Arbeiten mit der Amtsführung von Matthes eine höhere Besoldung. Sein Konflikt mit dem Magistrat endete damit, daß er am 1. April 1898 aus dem städtischen Dienst schied. Der Nachfolger von Schulz wurde der Regierungsbaumeister Karl Diesend aus Danzig.

Die Bedingungen des Preisausschreibens wurden von 486 deutschen Architekten eingefordert. 87 Entwürfe gingen rechtzeitig ein. Sie wurden in der Schule an der Wollmarktstraße ausgehängt. Am 16. und 17. Mai 1898 traten die Preisrichter zur Prüfung zusammen.

Es wurden zuerkannt: Der erste Preis der Arbeit mit dem Motto „Altbacksteinformat". Verfasser: Die Architekten Zaar und Vahl in Berlin. — Der zweite Preis dem Entwurf „Anastasia", Verfasser: Die Architekten Schulz und Schlichting in Berlin, und der dritte Preis der Arbeit mit dem Kennwort „Plattdütsch". Verfasser: Die Architekten Meier und Werle in Berlin.

Die mit dem ersten Preis ausgezeichnete Arbeit der Architekten Zaar und Vahl wurde mit einigen Abänderungen zur Ausführung bestimmt. Von den Preisrichtern wird bei diesem Entwurf besonders lobend hervorgehoben, daß er sich „in sehr gelungener Weise an die besten Beispiele norddeutscher Backsteinarchitektur anschließt, und daß er eine symmetrische Anordnung der Fassade vermeidet."

In dem Entwurf werden die Baukosten bei einem umbauten Raum von 23 176 Kubikmetern, ohne den oberen Teil des Turmes, mit 13 Mark für je 1 Kubikmeter angegeben Schon die Preisrichter erklärten, daß mit dem in Aussicht genommenen Betrage von 300 000 Mark die Ausführung des Bauplanes nicht möglich sei. Nun kam noch hinzu, daß das vom Kuratorium

der Hospitäler erworbene Gelände einen Baugrund zeigte, der unerwartet schwierige Fundierungsarbeiten erforderte. Die Bohrungen auf der Baustelle hatten bei 18 Bohrlöchern bis zu einer Tiefe von sieben Metern folgendes Ergebnis:

Grundwasserhöhe 1,25—1,50 Meter unter Oberfläche,

Mutterboden 1,5 Meter,

Grober Sand 3,5 Meter,

Moorboden 0,5 Meter.

Darauf grober Sand, der bei einer Tiefe von 5,5 Meter als festgelagerter guter Baugrund bezeichnet wurde.

Auf Grund der Bohrergebnisse wurde mit den Architekten Zaar und Vahl am 17. Juni 1898 der Vertrag über die Ausarbeitung der Pläne und Uebernahme der Bauleitung abgeschlossen. Die Vergebung der Arbeiten und den Abschluß der Verträge mit den Lieferanten und Unternehmern behielt sich der Magistrat vor. In dem Vertrage wurde gesagt, daß die Baukosten nach Möglichkeit 400 000 Mark nicht überschreiten sollten. Für die Bauleitung erhielten die Architekten Zaar und Vahl wie üblich 5 v. H. der Baukosten, sowie bei notwendigen Reisen von Berlin nach Stolp freie Bahnfahrt 2. Klasse und Tagegelder in Höhe von 30 Mark.

Von der Firma Zaar und Vahl war der Professor Zaar die künstlerische Kraft. Gebürtig aus Köln, entstammte er einer alten Künstlerfamilie. Bei Beginn des Baues war er 50 Jahre alt. — Der Baumeister Vahl war der technische und geschäftliche Leiter. Er hatte sich aus bescheidenen Anfängen emporgearbeitet.

Keine geringe Aufgabe bei dem Bau hatte der in Stolp anwesende Bauführer Lorenz, dem es oblag, die Aufträge seiner Firma Zaar und Vahl mit den Forderungen des Magistrats in Einklang zu bringen. Er hat diese Aufgabe zur Zufrieden-

heit beider Teile gelöst. Als einmal die Firma seine fristlose Entlassung wegen zweitägiger Urlaubsüberschreitung verfügte, wurde diese auf Bitten des Magistrats, besonders des Baumeisters Diesend, rückgängig gemacht. Lorenz wurde von Zaar und Vahl bezahlt. Anfangs erhielt er monatlich 250, später 280 Mark Gehalt.

Von Seiten der Stadt wurden die entscheidenden Beschlüsse von der Rathausbaukommission gefaßt. Ihr gehörten an: Der erste Bürgermeister Matthes, die Stadträte Gysae und Plankemann sowie die Stadtverordneten Kaufmann Frank, Rentmeister Kahl, der Rentner und frühere Klempnermeister Bremer, Schornsteinfegermeister von Pichowsky, und Dedo Töpfer. Technischer Berater war der Regierungsbaumeister Diesend, dem als Bautechniker der spätere Maurermeister Wilhelm Ruth zur Seite stand.

Die Bauarbeiten begannen im April 1899. Die Fundierung geschah auf Senkkästen mit Zementbetonschüttung und für den Turm mit einer solchen zwischen Spundwänden.

Die in dem Kennwort des Entwurfes angedeutete und von den Architekten anfangs geplante Herstellung der Fassade in dem alten großen Backsteinformat wurde aufgegeben, da durch das jetzt übliche kleinere Format die künstlerische Wirkung des Gebäudes nicht beeinträchtigt und erhebliche Kosten erspart wurden. Die Verblendsteine wurden von der Ziegelei Bienwald und Rother in Liegnitz bezogen. Die Lieferung von 1 200 000 Hintermauersteinen war der Ziegelei Westphal in Stolp zum Preise von 30 Mark je 1000 übertragen worden. Da aber die Steine der neu entstandenen Ziegeleien in Dodow und Ueberlauf für druckfester befunden wurden, beschloß auf Veranlassung von Bürgermeister Matthes die Stadtverordneten-Versammlung in geheimer Sitzung, diese Steine, obgleich sie je 1000 Stück 32 Mark kosteten, für das Rathaus und die West-

phalischen für den Neubau des Hospitals in der Amtsstraße zu verwenden.

An den Bauarbeiten waren u. a. beteiligt: Die Maurermeister Karl Papenfuß, Birr, Körner und der Zimmermeister Albert Schlawin. Die Tischlerarbeiten führte Karl Becker in Stolp aus und die Niederdruckdampfheizungsanlage lieferte die Firma Aust in Berlin.

Der Bau verlief ohne Zwischenfall. Am Sonnabend, den 22. September 1900 wurde das Richtfest gefeiert. Nachmittags um 5 Uhr versammelten sich die städtischen Behörden, die Architekten, Werkmeister und Arbeiter und, trotz des regnerischen Wetters, auch viel Volk vor dem Neubau. 200 Arbeiter waren malerisch auf dem Gebälk verteilt, als von einer auf halber Höhe des Turmes angebrachten bekränzten Kanzel der Zimmerpolier Heinemann den Richtspruch hersagte. Den Abschluß der Feier bildete der Richtschmaus in Kleins Hotel für alle am Bau Beteiligten. Hierfür hatte der Magistrat 600 Mark bewilligt. Nach mehr als zweijähriger Bautätigkeit fand am 4. Juli 1901 die feierliche Einweihung des Rathauses statt. Zu der Feier waren erschienen: Der Oberpräsident von Pommern Freiherr von Maltzahn-Gültz, der Regierungspräsident von Tepper-Laski, Regierungsrat von Rechenberg, die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden in Stolp, sowie die Vertreter des Landkreises und des Großgrundbesitzes. Von der Bauleitung war nur Professor Zaar anwesend. Vahl war durch Krankheit verhindert.

Vom Rathausturm herab blies das Trompeterkorps des Husarenregiments den Choral „Lobe den Herren" und danach mit Heroldstrompeten altdeutsche Fanfaren. Anschließend fand nachmittags um 5 Uhr eine Festsitzung im Stadtverordneten-Sitzungssaal statt. Hier überreichte der Oberpräsident dem ersten Bürgermeister Matthes den Roten Adlerorden 4. Klasse und dem Rent-

ner Bremer, der nach Aufgabe seines Klempnergewerbes ehrenamtlich ganz im Dienste der Stadt aufging, den Kronorden 4. Klasse. Ein Festessen im Kaufmanns Wallhaus schloß die Feier.

Das Rathaus hat rund 600 000 Mark gekostet. Der Voranschlag zum Preisausschreiben wurde also mit 100 v. H. überschritten.

Der Baustil entspricht heute nicht mehr unserm Geschmack. Der Jugendstil der inneren Ausschmückung bewegt sich immerhin noch in erträglichen Grenzen. Als bleibende Vorzüge des Rathauses sind hervorzuheben: Der klare Grundriß und die Uebersichtlichkeit, die es zu einem äußerst zweckmäßigen Verwaltungsgebäude machen. —

Der Rathausbau am Stephanplatz beschloß einen in der Entwicklung der Stadt bedeutsamen Abschnitt und begrüßte gleichzeitig den jungen Stadtkreis an der Schwelle seiner vollen Selbständigkeit auf kommunalpolitischem Gebiet. —

8. Die Ausschmückung des Rathauses.

Zur Einweihung des Rathauses am 4. Juli 1901 wurden der Stadt von vielen Seiten Geschenke dargebracht. Der Kaiser ließ dem Magistrat sein von L. Noster gemaltes Bild überreichen. Das Bild hing früher im Magistratssitzungssaal. Nach Einführung der Republik teilte es das Schicksal aller Kaiserbilder, es wurde entfernt. Im Sommer 1932 überließ der Magistrat das Bild leihweise dem Kreiskriegerverband für das neueingerichtete Kyffhäuserhaus in der Kleinen Auckerstraße. Seit 1934 hängt es wieder in dem früheren Magistratssitzungssaal.

Der Adel des Landkreises Stolp stiftete die Wappenfenster im Festsaal, die Maurer- und Zimmermeister-Innung die bunten Fenster ne-

ben der Haupttreppe, die übrigen Innungen die Fenster im Stadtverordnetensitzungssaal. Das Lehrerkollegium des Gymnasiums überreichte die Büsten von Hardenberg und Stein und die besoldeten Magistratsmitglieder die Büste von Kaiser Wilhelm I. Die Büsten stehen im Magistratssitzungssaal.

Schon im Jahre 1899, als man gerade mit dem Bau des Rathauses begonnen hatte, gab die Breslauer Malerin Grete Waldau in einem Brief an den Magistrat die Anregung, die großen Wandflächen mit Bildern aus Stolp schmücken zu lassen. Zugleich bewarb sie sich um diese Arbeiten.

Der Bürgermeister Matthes griff den Gedanken auf. Die Kosten glaubte er durch Stiftungen aufbringen zu können, wenn man die Namen der Stifter unter das betreffende Bild setzte, oder wenn das Porträt in das Gemälde mitaufgenommen wurde. Den Architekten Zaar und Vahl war der Gedanke sehr sympathisch. Sie empfahlen zur Bemalung die beiden großen Wandflächen der Eingangshalle und die Wände im Stadtverordneten-Sitzungssaal. Sie traten in Verbindung mit dem Historienmaler Hermann Katsch. Als Preis für die Bilder wurden 100 Mark für je ein Quadratmeter bemalter Fläche genannt.

Die ganze Angelegenheit erhielt eine andere Wendung, als eines Tages der zweite Bürgermeister Hirsch in einer Berliner Zeitung las, daß für die Ausschmückung des Sitzungsaales des von Professor Hauberrisser erbauten Rathauses in St. Johann a. d. Saar vom Kultusministerium ein Preisausschreiben erlassen worden sei. Auf Anfrage teilte der Bürgermeister von St. Johann mit, daß beim Kultusministerium ein Kunstfonds bestehe. Er riet, persönliche Rücksprache mit dem Dezernenten, dem Geheimrat Müller, zu nehmen.

Matthes, der Anfang März 1900 auf dem Provinziallandtag in Stettin war, fuhr nach Schluß der Sitzungen nach Berlin und sprach zusammen mit Professor Zaar bei dem Geheimrat Müller im Kultusministerium vor. Matthes wies auf die künstlerische Bedeutung des neuen Rathauses hin, dessen Architektur sich an die der Marienkirche und der alten Tore anlehne. Er machte besonders darauf aufmerksam, daß für das an Kunstgegenständen arme Hinterpommern Mittel aus dem Kunstfonds bisher nicht verwendet worden wären. Müller war zunächst ablehnend, stellte aber schließlich etwa die Hälfte der Kosten für die künstlerische Ausschmückung in Aussicht. Zur Bedingung machte er, daß die dekorative Malerei von tüchtigen Malern, die in Stolp nicht zu finden seien, hergestellt würde, und daß als Wandgemälde nicht große Staatsaktionen, sondern Stoffe aus der Stadtgeschichte gewählt würden. Außerdem seien etwaige Wünsche der Landeskunstkommission zu berücksichtigen.

Auf Vorschlag des Superintendenten Barthold y wählte der Magistrat für die Wandgemälde im Stadtverordnetensitzungssaal folgende Bilder: Die Verleihung der Rechte einer deutschen Stadt an den Burgflecken Stolp durch die brandenburgischen Markgrafen Waldemar II. und Johann IV. im Jahre 1310 und die Auslösung der Stadt aus dem Pfandrecht des deutschen Ordens im Jahre 1341. Für die Eingangshalle wurden anfangs als Bilder in Aussicht genommen: Die stürmische Einführung der Reformation durch Dr. Amandus aus Königsberg. Seine Disputation mit der katholischen Geistlichkeit vor dem Rat der Stadt im Jahre 1525. Es ist verwunderlich, daß dieses äußerst dankbare Motiv bis heute keinen Maler gefunden hat. — Als zweites Bild war gedacht der Austritt der Stadt aus der Hansa wegen Armut im Jahre 1552.

Vorgeschlagen wurde auch die Verteidigung des Mühlentores und der Lachsschleuse durch Hauptmann von Gutzmerow gegen die Polen unter General Sokolnicki im Jahre 1807. Schließlich kam man ganz von den Historienbildern ab, und bestimmte für die Eingangshalle als Bilder den Fischmarkt und den Stolpmünder Hafen.

Den Antrag der Stadt auf Gewährung eines Zuschusses zu den Bildern beantwortete der Kultusminister Studt mit dem Erlaß vom 30. Juni 1900. Er übernahm darin die Bezahlung der beiden Gemälde im Stadtverordnetensitzungssaal. Die Kosten der beiden Bilder in der Eingangshalle sowie alle Nebenkosten für die Isolierschicht an den Wänden, Vorhaltung der Gerüste usw. sollte die Stadt tragen. Für die Sitzung der Landeskunstkommission wurden der Stadt drei Vertreter mit Stimmrecht zugestanden. Der Magistrat bestimmte hierfür den Ersten Bürgermeister Matthes, den Stadtverordnetenvorsteher Dr. Gaul und den Erbauer des Rathauses Professor Zaar.

Die beiden Bilder im Stadtverordnetensitzungssaal wurden am 22. Juni 1901 dem Professor Josef Scheurenberg in Berlin gegen ein Honorar von 44 000 Mark übertragen. Den Bedingungen entsprechend, wurden die Bilder in Kaseinfarben auf Leinwand gemalt und für die Malarbeit drei Jahre vorgesehen.

Die Ausführung der Bilder in der Eingangshalle erhielt der Düsseldorfer Maler Klein-Chevalier gegen eine Gebühr von 20 000 Mark.

Mit Klein-Chevalier entstanden mancherlei Schwierigkeiten. Von seinen eingereichten Skizzen fand das Bild vom Fischmarkt Beifall. Doch das Stolpmünder Bild mußte er mehrmals ändern. Als schließlich die Landeskunstkommission einverstanden war, fand der Entwurf noch nicht die volle Zustimmung des Magistrats. Maleri-

sche Reize konnte man dem Bilde nicht absprechen, doch ließ die Darstellung das Charakteristische des Stolpmünder Hafens, ein schärferes Hervortreten des rechten Ufers mit seinen Lägern von Nutzholz, Spiritusfässern und sonstigen Gütern vermissen. Auch nahmen fast die eine Hälfte des Bildes große Segelflächen ein, obwohl für den Stolpmünder Hafen weniger die Segelschiffahrt als der Dampfschiffsverkehr von Bedeutung ist. Nach nochmaliger Aenderung wurden die Bilder 1903 fertig, aber Klein-Chevalier lieferte sie nicht. Er stellte sie auf den Kunstausstellungen in Karlsruhe, München und Berlin aus. Schließlich wollte er sie noch nach Wien schicken und sie erst im Frühjahr 1904 in Stolp anbringen. Als der Magistrat dies abschlug, teilte er mit, daß ein schwerer Gelenkrheumatismus ihn zwinge, die Arbeit vorläufig liegen zu lassen. Im April 1904 erschien er dann in Stolp. Bei der Anbringung der Bilder kam es zu sehr erregten Auseinandersetzungen zwischen Künstler und Magistrat. Während der Magistrat glaubte, den Architekturcharakter der Eingangshalle wahren zu müssen, bestand Klein-Chevalier im Interesse der Wirkung seiner auf einen vorwiegend blauen Ton abgestimmten Bilder darauf, jede ausgesprochene Farbe aus der Halle zu verbannen und die geputzten Wand- und Deckenflächen einschließlich der Gewölberippen und Leibungen grau zu übermalen. Er erklärte es für ausgeschlossen, seine Bilder nach der roten Ziegelfarbe der Architekturteile abstimmen zu können. Die Verhandlungen führte der Stadtbaumeister Diesend, den der leicht erregbare Künstler in persönlich verletzender Weise angriff. In einem Briefe an den Magistrat schreibt er:

„Mit der mir gütigst zugedachten Mitteilung Ihrer heutigen Beschlußfassung, betreffs künstlerischer Gestaltung der Rathaushalle, wo ich im Auftrage des Kultusministeriums zwei Bilder

anzubringen hatte, machen Sie meiner künstlerischen Ueberzeugung derartig künstlerisch und ästhetisch niedrig stehende Zumutungen, daß ich schon vorher bestens danken muß.

Die furchtbare Idee ihres geistigen Rathgebers, des Herrn Stadtbaumeister Diesend, um die Bilder blutrothe Plüschziegel zu malen, um möglichst das coloristische Motiv der Bilder zu ruinieren, müßte derselbe doch durch irgend eine kleine künstlerische That seines Lebens rechtfertigen können, um auf diesem Gebiete nicht völlig als Neuling zu erscheinen.

Um die idealen Absichten Ihres Herrn Oberbürgermeisters und des Kultusministeriums, das Ihnen doch die Bilder geschenkt hat und wenigstens einen anständig dekorierten Raum beanspruchen könnte, nicht ganz illusorisch zu machen, schlage ich ergebenst vor, sich entweder wegen Entsendung eines künstlerischen Rathgebers an das Ministerium zu wenden, oder aber an den Erbauer des Rathauses.

Im andern Falle würden Sie eine ähnliche brutale Wirkung erzielen, wie mit dem neuen rothen Spritzenhause neben dem vornehmen Mühlenthore Ihrer Stadt, dessen ganzen Reiz Sie vernichtet haben. Also für das Konglomerat gelb angemalter Fenster, rother Ziegelwände und blauer Bilder lehne ich energisch jede Verantwortung ab.

Hochachtungsvoll

F. Klein-Chevalier-Berlin."

Professor Zaar und Geheimer Regierungsrat Ende gaben ein Gutachten ab, das dahin ging, die Gewölberippen in roten Verblendziegeln zu lassen. Die Gewölbeflächen wurden hellgrau wie der Erdboden des Fischmarktbildes gestrichen. An Stelle des Fensters über der Eingangstür in Glasmalerei wurde ein ebensolches Fenster aber in helleren Farben mit möglichst wenig gelb gesetzt.

Um den Streit endgültig beizulegen, kamen 1905 mit dem Vertreter des Kultusministeriums Dr. Amersdorffer die beiden Mitglieder der Landeskunstkommission, Professor Woldemar Friedrich und Professor Ludwig Dettmann, Direktor der Kgl. Kunstakademie in Königsberg, nach Stolp. Die Herren rügten eine Reihe von Mängeln an den Bildern, die der inzwischen zum fürstlich reußischen Professor ernannte Klein-Chevalier im Jahre 1906, soweit es möglich war, beseitigte.

Auf den Wandgemälden in der Eingangshalle sind mehrere Stolper Persönlichkeiten aus der Zeit um die Jahrhundertwende dargestellt. Auf der rechten Hälfte des Fischmarktbildes sieht man Bürgermeister Matthes mit schwarzem Vollbart, Brille und braunem steifen Hut. Von den Stiftern, die mindestens 500 Mark gaben, sind dargestellt: die Holzhändler Raphael Wolff und Fritz Wilke, Karl Schulz, Fabrikbesitzer Ottow, die Kaufleute Munter, Cassel, Müllerheim und der Getreidehändler Aron. Den Konsul Koepke-Stolpmünde und den Kaufmann und Stadtverordneten-Vorsteher Karl Frank sieht man auf der linken oberen Ecke des Stolpmünder Hafenbildes im Gespräch miteinander.

Den Amtsgerichtsrat Hemptenmacher, damals einer der wohlhabendsten Bürger Stolps und Eigentümer des Hauses mit den korinthischen Säulen vor der Präsidentenbrücke — heute Eigentum des Rechtsanwalts Dr. Schmidt — forderte Matthes besonders auf, sich auf einem der Bilder darstellen zu lassen. Er verzichtete. —

Der Professor Josef Scheurenberg, der die Bilder im Stadtverordnetensitzungssaal malte, beantwortete die alljährlichen Erinnerungen auf Fertigstellung der Gemälde, im Gegensatz zu Klein-Chevalier, ruhig und gelassen. Nach siebenjähriger Arbeit, im Jahre 1908, wurden die Bilder fertig. Schwierig war die Anbringung wegen

des großen Formats. Das eine Bild ist 10,04 Meter lang und 3,35 Meter hoch. Die Bilder waren auf einer Walze aufgerollt, die beim Aufkleben an der Bildfläche vorübergeführt werden mußte. Die Anbringung besorgte der Meister Spinnrath, der hierfür mit zwei Gesellen aus Düsseldorf nach Stolp kam.

Das Bild, auf welchem die Opferwilligkeit der Bürger Stolps im Jahre 1341 verewigt ist, beruht auf einer wirklichen Begebenheit, jedoch weiß niemand, in welcher Form sich diese zugetragen hat. Die Ueberlieferung besagt nur, daß die Stadt, als sie vom Herzog dem deutschen Orden verpfändet worden war, von den Bürgern aus diesem Pfandrecht befreit wurde, und es wird erzählt, daß bei dieser Gelegenheit die Frauen und Mädchen ihr Geschmeide dem Wohle der Stadt geopfert haben.

Der Maler verlegt diesen Vorgang in eine dem Rathaus angebaute Halle, die einen offenen Torbogen zum Marktplatz hat. Auf einem erhöhten Sessel hat sich der Bürgermeister niedergelassen, um die Gaben der Bürger und Frauen auf dem vor ihm aufgestellten Tisch in Empfang zu nehmen. Ein Stadtschreiber notiert das Herbeigebrachte. An der linken Seite des Bürgermeisters steht aufgerichtet ein Büttel mit der Fahne des Deutschen Ordens. Durch dieses Attribut will der Maler andeuten, wem die Stadt verpfändet war.

Die Schrifttafel unter dem Bilde enthält die Worte:

„Als aber die Stadt verpfändet worden, kamen sie alle und brachten ihr Scherflein dar, auf daß sie ausgelöst werde. 1341."

Unter das Bild an der Längswand des Saales hat der Maler die Worte gesetzt:

„Sei gegrüßet, Stolpia!
Du sollst sein von nun an
Eine deutsche Stadt!"

Der Darstellung liegt die Urkunde von 1310 zugrunde, in der die brandenburgischen Markgrafen Waldemar und Johannes dem Burgflekken Stolp das Stadtrecht verliehen. Das Bild zeigt, wie von rechts eine Gesandtschaft der Landesfürsten mit Fanfarenklängen naht, um den Bewohnern von Stolp die frohe Botschaft zu überbringen, daß ihr Ort von nun an eine deutsche Stadt sein soll. An der Spitze des Zuges der Bevölkerung Stolps, die der Gesandtschaft zum Empfang entgegenströmt, steht auf dem Bilde eine junge Frau, die symbolisch die junge Stadt verkörpert. Sie hält in der Rechten die Flagge der Stadt, während sie in der Linken den ihr eben übergebenen Torschlüssel emporhält. Von einem Pagen, der sein Knie vor der Stolpia beugt, wird ihr die Mauerkrone, das Symbol der Stadtwürde, dargereicht.

Den Uebergang von der Allegorie zur erdichteten Wirklichkeit bildet die Gruppe der Kinder von Stolp, der bekränzten jungen Mädchen, die sich links an die Stolpia reihen. Ihnen schließen sich weiter rückwärts die Frauen an. Daß neben dem Gemeindevorstand der Probst von St. Marien und der Herr von der fern herüberschauenden Burg mitsamt seinem Narren an dem Geschehnis teilnehmen, erscheint ebenso selbstverständlich wie das Herannahen der Gewerke und der frommen Brüderschaften mit ihren Fahnen und Bannern.

Auf dem Schild des Ritters, der der Stolpia mit erhobener Lanze entgegenschreitet, prangt der rote brandenburgische Adler. Auf der Standarte, welche ganz rechts im Bilde von einem Gewappneten getragen wird, befindet sich ein Wappen, das je zur Hälfte den roten Adler und einen schwarz und gelb gebälkten Schild zeigt. Hiermit will der Maler andeuten, daß die brandenburgischen Markgrafen Askanier, aus dem Hause Anhalt, waren.

Schauplatz der dargestellten Begebenheit ist der vordere Teil des damaligen Ackers.

Um eine harmonische Wirkung zu erzielen, war eine gegenseitige Abstimmung von Raum und Gemälden nötig. So mußte unter anderem die Marmorumrahmung der Türen an der Längswand des Sitzungssaales dunkel überstrichen werden, so daß man heute den Marmor auf den ersten Blick nicht mehr erkennt.

Die Gesamtwirkung der Bilder wird beeinträchtigt durch die Fehler, die dem Saal in bezug auf Schönheit und Geschmack anhaften. Abgesehen davon, daß er zu seiner Breite nicht lang genug ist, wirkt besonders störend, daß er zwei Fensterwände statt einer hat. Durch die beiden Fensterwände wirkt der Saal unbehaglich. Es wird ihm die Symmetrie und die architektonisch wohltuende Gesamtwirkung genommen. Es gibt keine Stelle, von der aus man drei Seiten des Raumes betrachten kann, ohne störendes Fensterlicht mit ins Auge aufzunehmen. Zweifellos würde eine Besserung eintreten, wenn man die vollständig nutzlosen Fenster der Nordwand zumauerte und dafür die Fenster nach dem Stephanplatz, die eine etwas unruhige und wenig künstlerische Zusammenstellung zeigen, durch lichtdurchlässigere ersetzte. Es wird hier aber schwer etwas zu ändern sein, da die 5 Fenster Stiftungen sind.

Das Turmzimmer des Rathauses ist nach und nach zu einer Ehrenhalle geworden, geschmückt mit den Oelgemälden von Männern, die sich um die Stadt verdient gemacht haben. In schöner Umrahmung erscheinen neben dem Stadtverordnetenvorsteher, Buchdruckereibesitzer Ferdinand Feige, der vom Jahre 1858 bis zu seinem Tode im Jahre 1877 die Stadtverordnetenversammlung leitete, und neben dem Stadtverordnetenvorsteher Rechtsanwalt Otto Berndt, der im Weltkriege an der Spitze seiner Kompagnie fiel, die Bilder der Ehrenbürger. Es sind dies:

Der Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg, der Stolp 1926 besuchte.

Der Reichspostminister Heinrich von Stephan, der am 7. Januar 1831 in Stolp geboren wurde.

Der Buchhändler und Stadtrat Karl Schrader (1834—1923), Schöpfer des Waldkaters, der Waldkatze und der städtischen Anlagen.

Der Kaufmann und Stadtrat Maximilian Feige, Stadtverordneter von 1883 bis 1910. Von da ab bis 1924 unbesoldeter Stadtrat, wurde 1924 zum Stadtältesten und zum Ehrenbürger ernannt.

Hans Matthes, Oberbürgermeister von 1894—1905.

Werner Zielke, Oberbürgermeister von 1905—1924.

Die Bilder sind, mit Ausnahme des Bildes von Ferdinand Feige, von dem Stolper Maler Otto Priebe gemalt worden.

9. Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal

Die Masse hat kein Gedächtnis. Dieselben Leute und dieselben Vereine, die Matthes den heftigsten Widerstand entgegensetzten, als er erklärte, daß das unansehnliche Sandsteinkriegerdenkmal zu dem monumentalen Rathaus nicht passe, stimmten wenige Jahre später dem Ersten Bürgermeister Zielke, der Matthes 1905 abgelöst hatte, begeistert zu, als er zu der gleichen Sache aufrief. Zielke verstand es allerdings, seinen Plan der Bevölkerung schmackhafter zu machen als sein Vorgänger. Auch der Zeitpunkt zur Durchführung war günstiger gewählt.

Am 9. September 1910 waren 600 Jahre verflossen, seitdem Stolp eine deutsche Stadt geworden war. Um dem Jubelfest einen würdigen Mittelpunkt zu geben, und um die Feier auch äußerlich möglichst eindrucksvoll und patriotisch zu gestalten, nahm die Stadt neben anderen

Plänen auch die Enthüllung eines Reiterstandbildes für Kaiser Wilhelm I. in Aussicht. Im Februar 1907 rief der Erste Bürgermeister Zielke 23 Herren aus dem Stadt- und Landkreise Stolp zu einer ersten Beratung über die Denkmalsfrage zusammen. Die Kriegervereine erklärten sich mit der Ersetzung des Kriegerdenkmals vor dem Rathause durch ein Kaiser-Wilhelm-Denkmal unter der Bedingung einverstanden, daß Tafeln mit den Namen der Gefallenen aus den Kriegen 1864, 1866 und 1870-71 an dem Denkmal angebracht würden. Das alte Kriegerdenkmal trug nur die Namen der Gefallenen von 1870-71 und auch die nur unvollständig. Um bei den Geldsammlungen möglichst alle Kreise zu erfassen, wurde ein Ausschuß von 145 Mitgliedern gebildet, der infolge der verschiedenen Zwecke, die mit dem Denkmal erfüllt werden sollten, den geschraubten Namen führte: „Ausschuß zur Errichtung eines Kaiser Wilhelm I, Reiter-Kriegerdenkmals in Stolp".

Daß es ein Reiterstandbild sein sollte, darüber war man sich im Ausschuß im allgemeinen einig. Nur der Rittergutsbesitzer Siemers-Kunsow machte einen besonderen Vorschlag. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Vereins ehemaliger Blücherhusaren hatte er den Professor von Uechtritz in Berlin besucht, der das Stolper Blücherdenkmal in Arbeit hatte. Von Uechtritz sagte ihm bei dieser Gelegenheit, daß es durchaus nicht den Wünschen des Kaisers entspreche, daß sein Großvater stets in figura dargestellt werde. Derartige Denkmäler seien genügend vorhanden. Von Uechtritz zeigte Siemers den Entwurf eines Denkmals für die gefallenen deutschen Soldaten in China. Das Denkmal war vom Kaiser entworfen und wurde von Uechtritz modelliert. Siemers empfahl, diesen Entwurf des Kaisers in Stolp als Kriegerdenkmal aufzustellen. Der Ausschuß ging aber nicht auf den Vorschlag ein.

Ein Wettbewerb wurde nicht ausgeschrieben. Bewerbungen und Entwürfe nahm der Ausschuß ohne Verbindlichkeit bis April 1908 entgegen. Es gingen von allen namhaften Bildhauern Entwürfe ein. Besonders bemühte sich der Bildhauer Koch-Plaue aus Berlin, um seinen Entwurf zur Annahme zu bringen. Er stellte sogar in natürlicher Größe ein Gerüst mit der Reitersilhouette auf dem Stephanplatz auf. Kein Entwurf fand aber die volle Billigung des Denkmalsausschusses. Man forderte deshalb den Bildhauer Johannes Boese in Berlin zu einer konkurrenzlosen Beteiligung auf, zog aber trotzdem Professor von Uechtritz und den Bildhauer von Woedtke in engere Wahl. Von Uechtritz starb 1908. Nun rechnete von Woedtke sehr stark damit, daß ihm das Denkmal übertragen würde, zumal er gute Beziehungen zu einflußreichen Mitgliedern des Ausschusses hatte. Falls er es erhielt, wollte er der Stadt eine drei Meter hohe Bronzefigur des Generals Belling, eines Vorfahren seiner Mutter, stiften.

Am 25. September 1908 beschloß der Ausschuß jedoch endgültig, das Denkmal dem Professor Boese zum Preise von 56 000 Mark zu übertragen. Zu den Bedingungen des Vertrages mit dem Künstler gehörte, daß das Denkmal mit Rücksicht auf den Rathausturm im Hintergrund eine Höhe von 10 Metern erhielt, und daß die Reiterfigur und der dekorative Schmuck in echter Bronze (93 Prozent Kupfer und 7 Prozent Zinn) hergestellt würden.

Eine Meinungsverschiedenheit bestand im Denkmalsausschuß über die Armhaltung des Kaisers an dem Boeseschen Entwurf. Der Landrat von Brüning und der Justizrat Neitzke waren für Beseitigung des Fernglases, das der Kaiser in der rechten Hand hält. Sie fanden die ruhige Haltung des rechten Armes auf dem rechten Oberschenkel würdevoller. Der Landgerichtspräsident

Hartig dagegen sprach sich entschieden für das Fernglas aus, das dann auch beibehalten wurde.

Nun war es zunächst nötig, die Genehmigung des Kaisers zur Errichtung des Denkmals einzuholen. Vorbedingung für die Einreichung des Gesuches war aber, daß die Baukosten vollständig vorhanden waren. Dies war nicht der Fall, denn die Sammlungen hatten erst rund 40 000 Mark ergeben. Der Bildhauer drängte. Er mußte die Arbeit in Angriff nehmen, um das Denkmal zum Stadtjubiläum fertig zu bringen. Der Denkmalsausschuß war in Verlegenheit. Da half Landrat von Brüning. Er hinterlegte bei der Danziger Bank 20 000 Mark mit der Bedingung, daß hiervon ein etwaiger Fehlbetrag bei den Sammlungen gedeckt werde.

Der Kaiser erteilte die Genehmigung nicht ohne weiteres. Er hatte verschiedenes an dem Boeseschen Entwurf auszusetzen. Mit Rotstift strich er auf dem eingereichten Lichtbild ganz die das Reiterdenkmal umgebende Architektur Auch bemängelte er das Modell des Pferdes und den Sitz des Reiters. Zur Abstellung der beiden letzten Punkte beauftragte er den Oberstallmeister von Reischach, sich mit dem Künstler in Verbindung zu setzen. Dem Bildhauer Boese wurden daraufhin die schönsten Pferde des Kaiserlichen Marstalls für seine Arbeit zur Verfügung gestellt.

Ende August 1910 wurde das Denkmal aufgestellt. Unter der Schlußplatte des Fundaments wurde eine hermetisch verschlossene Kapsel eingemauert, die einen Bericht über die Entstehung des Denkmals enthält mit dem Zusatz, daß das Kaiserpaar zur Einweihung erwartet wird. Ferner wurden beigelegt je ein Verwaltungsbericht des Stadt- und Landkreises über das abgelaufene Jahr, ein Verzeichnis der Mitglieder des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung, des

Kreisausschusses und des Kreistages, sowie je ein Stück der hiesigen Zeitungen.

Die feierliche Einweihung des Denkmals fand in Gegenwart des Kaiserpaares am 5. September 1910 statt.

Die Gesamtkosten für das Denkmal, einschließlich aller Nebenarbeiten, betrugen 63 182,17 Mark. Dem standen an Spenden und sonstigen Einnahmen gegenüber 65 651,68 Mark, so daß ein Ueberschuß von 2 469,51 Mark verblieb, der zur Herstellung der Anlagen um das Denkmal verwendet wurde.

Gleich nach der Denkmalseinweihung wandte sich Professor Boese in mehreren Briefen an Oberbürgermeister Zielke und wies nach, daß er bei dem Denkmal 7000 Mark zugesetzt habe. Er bat um Nachbewilligung dieser Summe. Der Denkmalsausschuß aber lehnte dies Verlangen unter Hinweis auf den Vertrag ab.

Der Denkmalsbau klingt aus mit einem gerichtlichen Nachspiel. Das Berliner Tageblatt brachte im Anschluß an die Einweihungsfeier einen hämischen Artikel, in dem gesagt wurde, der Byzantinismus in Stolp gehe so weit, daß man ein Kriegerdenkmal abgebrochen und durch ein Kaiser-Wilhelm-Denkmal ersetzt habe. Der Artikel ging in die ausländische Presse über, und auch der Kladderadatsch bemächtigte sich der Sache. Die Stadt verklagte den Schriftleiter des Berliner Tageblattes. Der Prozeß verlief im Sande. Weder eine Richtigstellung durch das Berliner Tageblatt noch eine Bestrafung des Schriftleiters wurden erreicht.

10. Der Kaiserbesuch in Stolp.

Der eigentliche Erbauer des Kaiser Wilhelm-Denkmals ist der Erste Bürgermeister Werner

Zielke. Er hat die Sitzungen des Bauausschusses geleitet. Er hat mit den Bildhauern verhandelt und den ganzen Schriftwechsel persönlich geführt. Von ihm ging aber auch die Idee aus, den Kaiser zur Denkmalseinweihung nach Stolp einzuladen. Er ließ zunächst durch den Bildhauer Professor Boese bei dem Chef des Zivilkabinetts von Valentini anfragen, ob eine Einladung des Kaisers wohl Aussicht auf Annahme hätte. Anfang Oktober 1908 — also fast zwei Jahre vor dem Besuch — schreibt Zielke an Boese: „Sehr gespannt bin ich, was Herr v. Valentini Ihnen für Aussichten machen wird. Es wäre doch sehr dankenswert, wenn das königstreue Hinterpommern auch mal seinen Herrscher empfangen könnte und nicht das Schicksal der artigen Kinder zu teilen brauchte, die wegen ihrer Tugendhaftigkeit unbemerkt bleiben."

Mehr als ein Jahr später war dann alles soweit geklärt, daß am 22. Dezember 1909 je eine besondere Einladung an den Kaiser und an die Kaiserin, unterschrieben vom Ersten Bürgermeister Zielke und vom Landrat von Brüning, im Instanzenwege abgehen konnte. Die Einladung zum 5. September 1910 wurde angenommen. Die Stadt reichte ein ausführliches Festprogramm ein, das aber vom Oberhofmarschall Grafen Eulenburg gekürzt wurde, da der Kaiser noch am gleichen Tage die Moorkulturen des Forstmeisters Krahmer in Schmolsin besichtigen und die Kaiserin der Grundsteinlegung des Tuberkulosekrankenhauses in Deutschkarstnitz beiwohnen wollte.

Als gedrängte Uebersicht über die Festlichkeiten sei das Programm der Kaiserin, das, soweit Stolp in Frage kommt, dem des Kaisers entspricht (ein Programm für die Reise des Kaisers nach Stolp ist in den Magistratsakten nicht enthalten) wiedergegeben, wie es vom Oberhofmarschallamt endgültig festgesetzt und auch tatsächlich abgewickelt wurde. Es lautet:

Programm

Für die Reise Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin nach Stolp und Deutschkarstnitz am 5. September.

(Zum außerordentlichen Kammerherrndienst: Graf von Zitzewitz-Zezenow.)

7,25 Uhr vorm.: Ab Berlin, Stettiner Bahnhof.

1,30 Uhr nachm.: An Stolp.

1,43 Uhr nachm.: Eintreffen auf dem Denkmalsplatze. Während Seine Majestät der Kaiser die Front der Ehreneskadron abschreiten, wird Ihrer Majestät der Kaiserin ein Blumenstrauß überreicht. (Tochter des Ersten Bürgermeisters Zielke.)

Empfang durch: Oberpräsident Frhr. von Maltzahn, Regierungspräsident Frhr. v. Funk, Landrat v. Brüning, 1. Bürgermeister Zielke und Stadtverordnetenvorsteher Rechtsanwalt Berndt.

Ferner zugegen:

Frau Bürgermeister Zielke,
Frau Landrat v. Brüning geb. Ubisch,
Frau Kammerherr Gräfin Zitzewitz geb. von Gutzmerow,
Oberin des Königlichen Fräuleinstifts Fräulein von Below,
Frau Geh. Baurat Jäckel, welche für ihre Verdienste um das Luisenheim (Stiftung der Frauenhilfe für alleinstehende Mädchen und Haushaltsschülerinnen) das silberne Frauenverdienstkreuz erhält.

1,48 Uhr nachm.: Enthüllungsfeier.
Gesang.
Festrede: 1. Bürgermeister Zielke.
Enthüllung.
Festzug: a) historische Bilder,
b) Gewerke, Arbeiter.

2,20 Uhr nachm: Besichtigung des Rathauses.

(Es stehen Räume für Seine Majestät und Ihre Majestät und die Damen bereit.)

2,30 Uhr nachm.: Abfahrt Seiner Majestät im Automobil nach Schmolsin.

Ihre Majestät besichtigen, wenn Zeit dazu, die St. Marienkirche, nur zugegen Sup. Bartholdy, und die Schloßkirche, nur zugegen Schloßprediger Meyer und Pfarrer Nobiling ((Gemeinde St. Johannis).

2,45 Uhr nachm.: Abfahrt Ihrer Majestät im Automobil nach Deutschkarstnitz.

Auf dem Wege dorthin 2 Minuten Halt in Sageritz an dem neuen Denkstein des Kriegervereins.

3,00 Uhr nachm.: An Deutschkarstnitz.

Grundsteinlegung für ein Kreiskrankenhaus für tuberkulose Kranke. (Dauert 20 Minuten).

Feldblumenstrauß durch Fräulein Rieck-Eggebert, (Tochter des Rittergutsbesitzers in Poganitz).

Vorstellung von Herrn und Frau von Puttkamer (Schloß Deutschkarstnitz).

Ferner sind am Festplatze aufgestellt, wovon 4 bis 6 vorgestellt werden:

Frau v. Kleist geb. v. Gutzmerow (Labehn), Vorsitzende des Vaterländischen Frauenvereins Stolp-Land.

Frau Kratz geb. v., Below zu Stolpmünde, stellvertr. Vorsitzende des V. Fr. V. Stolp-Land.

Frau v. Zitzewitz geb. v. Hohmeyer (Witwe), Vorstandsmitglied des V. Fr. V. Stolp-Land, mit den Damen des Vereins.

Frau Breyer geb. Roggatz (Rittergutsbesitzer) Krampe.

Frau Steifensand geb. Stryck (Rittergutsbesitzer) Schwuchow.

Frau Neitzke geb. John (Rittergutsbesitzer) (Warbelow).

Frau v. Zitzewitz geb. Blanck (Rittergutsbesitzer) Muttrin.

Frau Rieck-Eggebert geb. Held (Rittergutsbesitzer) Poganitz.

Frau v. Boehn geb. Schaumann (Rittergutsbesitzer) Dt.-Buckow.

Frau v. Bandemer geb. v. Kleist (Rittergutsbesitzer) Gambin.

Frau v. Bandemer geb. v. Prittwitz u. Gaffron (Witwe des Kammerherrn) Selesen.

Frau Siemers geb. Arnold (Rittergutsbesitzer) Kunsow.

Frau v. Puttkamer geb. v. Zitzewitz (Rittergutsbesitzer) Nippoglense.

Frau v. Boehn geb. v. Michaelis (Rittergutsbesitzer) Kulsow.

Frau Wenzlaff (Amts- und Gemeindevorsteher, Bauernhofbesitzer) Sageritz.

Feier der Grundsteinlegung:

Gesang (Kirchenchor der St. Petri-Gemeinde zu Stolp).

Weiherede durch Superintendenten Plathe aus Stolp.

Ansprache des Landrats von Brüning.

Hammerschläge.

Gebet.

Gesang.

3,25 Uhr nachm.: Im Automobil nach dem Schlosse.

Schulen und Landbevölkerung Spalier.

3,35 Uhr nachm.: An Schloß.

Tee: dazu nur die Familie des Schloßherrn.

Herr und Frau von Puttkamer geb. v. Puttkamer.

Frau von Puttkamer geb v. Wilucka aus Pansin, Mutter der Frau v. Puttkamer.

Frau Nickisch v. Rosenegk geb. v. Puttkamer, älteste Schwester des Herrn v. Puttkamer. (Gemahl: Generalmajor und Kommandeur des Kadettenkorps)

und zwei Töchter Anni und Eva,

Frau Gräfin Clairon d'Houssonville geb. von Puttkamer (Gemahl: Landrat in Merseburg).
Frau v. Puttkamer geb. v. Puttkamer, Schwester des Herrn v. Puttkamer und Gemahl Regierungsrat a. D. auf Lossin.
Frau v. Puttkamer geb. v. Zingler, Schwägerin des Herrn von Puttkamer und Gemahl, Rittmeister im Schlesw.-Holst. Husaren-Regiment Nr. 16 in Schleswig.
Herr v. Wilucki, Oberförster, Onkel der Frau v. Puttkamer und
Oberpräsident Freiherr von Maltzahn.
Landrat von Brüning und Gemahlin.

4,15 Uhr nachm.: Ab im Automobil zum Bahnhof Stolp.

4,30 Uhr nachm.: Rückreise.

Etwa 10 Uhr abends: Ankunft Wildpark.

Soviel Menschen wie am Tage des Kaiserbesuches hat Stolp sowohl vor wie nachher nicht in seinen Mauern gesehen. Der Himmel, der morgens bedeckt war, klarte gegen Mittag zu strahlendem Sonnenschein auf, als unter dem Geläut aller Glocken und dem stürmischen Jubel der Bevölkerung das Kaiserpaar mit Gefolge im Kraftwagen vom Bahnhof in Stolp einfuhr. Sie benutzten die Mittelpromenade der Bahnhofstraße, die als via triumphalis hergerichtet war, fuhren über den Bismarckplatz, die Holstentorstraße, den Markt und die Neutorstraße zum Stephanplatz. Im Neuen Tor waren acht als Ordensritter verkleidete Trompeter des Jäger-Regiments zu Pferde Nr. 4 aus Graudenz untergebracht, die den ankommenden Zug mit Fanfaren begrüßten. Auf dem Stephanplatz hatten in weitem Viereck um das Denkmal die Kriegsveteranen Aufstellung genommen. Am Kaiserzelt standen eine Gruppe weißgekleideter kleiner Mädchen, ferner die Vertreter der Stadt mit dem neuernannten Oberbürgermeister, dem bisherigen Ersten Bürgermeister Werner Zielke, die Geistlichkeit, Ober-

präsident Freiherr von Maltzahn, kommandierender General von Mackensen, Landrat Dr. von Brüning, die Bürgermeister der Nachbarstädte, die Vertreter des Landkreises, der landsässige Adel und der Bildhauer Professor Boese Für die Bevölkerung und die Gäste waren drei große Tribünen errichtet. Eine Schwadron der Blücherhusaren zu Fuß erwies die militärischen Ehren. Der Kaiser in der Uniform der Stettiner Grenadiere schritt die Front ab, während die Kaiserin von Ursula Zielke den Blumenstrauß entgegennahm und ihr eine goldene Brosche schenkte. Der Männergesangverein, verstärkt durch den Gymnasialchor, sang. Oberbürgermeister Zielke hielt seine Festrede. Dann fiel die Denkmalshülle. Nach dem Kaiserhoch dankte der Kaiser dem Oberbürgermeister durch Händedruck und besichtigte mit der Kaiserin das Denkmal. Nachdem der Kaiser noch eine Reihe der Anwesenden — besonders die Kriegsinvaliden — ins Gespräch gezogen und die Kaiserin sich die Damen hatte vorstellen lassen, begaben sie sich ins Kaiserzelt, um den historischen Festzug an sich vorüberziehen zu lassen.

Den malerischen Zug eröffnete der Kreistierarzt Eichbaum hoch zu Roß als Herold. Ihm folgten Fanfarenbläser in historischer Tracht. Als erste Gruppe stellte die Mittelschule sehr bunt die „Slawische Zeit", die Bewohner des Dorfes Slupz um das Jahr 1000, dar. Die nächsten Wagen zeigten die Erbauung der Stolper Burg, die Einführung des Christentums um 1200 und die Verleihung des Stadtrechts an den Flekken Stolp durch die brandenburgischen Markgrafen Waldemar II. und Johann IV. am 9. September 1310. — Die Kaufmannschaft führte auf ihrem Festwagen die Loslösung aus der Pfandschaft des Deutschen Ritterordens im Jahre 1341 vor. — Einen überaus malerischen Anblick bot die vom Landadel zur Darstellung gebrachte Erb-

huldigung des Landes Stolp vor Herzog Erich II. von Pommern am 16. Juni 1459. — Der Gustav-Adolf-Verein und der Evangelische Bund zeigten den Einzug des Stolper Reformators Dr. Amandus im November 1524. Amandus wurde von dem akademischen Zeichenlehrer u. Heimatforscher Rudolf Hardow dargestellt. — Ein düsteres Bild von den Kriegsnöten des 30jährigen Krieges rollte vorüber. — Sehr wirkungsvoll wurde von der Maurer- und Zimmermeister-Innung der Einzug des Großen Kurfürsten und der Kurfürstin Henriette in Stolp am 11. Juli 1654 dargestellt. — Der Verein ehemaliger Blücherhusaren versinnbildlichte durch einen Zug Berittener in der kleidsamen Tracht der Belling-Husaren den 7jährigen Krieg. — Dann folgte die Verleihung einer Fahne an das Kadettenhaus in Stolp durch die Königin Luise — Die Stolper Landwehr von 1813 stellte der Kriegerverein 1876 dar. — Die Turnvereine führten vor, wie Turner und Studenten sich in Stolp 1813 zu den Fahnen anwerben lassen. — Einen feenhaften Anblick gewährte der Festwagen „Stolp als Feststadt 1910", den die höhere Mädchenschule übernommen hatte. — Es folgten noch eine Reihe von Bildern: Der Stolper Gewerkverein der Heimarbeiterinnen brachte den heimischen Gewerbefleiß wahrheitsgetreu zur Ansicht. . — Der Marineverein „Prinz Admiral" stellte ein Bild „Unsere blauen Jungen" in einem weißen Ruderboot mit hocherhobenen Riemen. Es folgten die Stolper Molkerei-Genossenschaft, der Bürgerschützenverein, die Hof-Wagenfabrik Franz Nitzschke, der Radfahrerverein „All Heil" und dann zu Pferde die Fleischer-Innung und die Fleischergesellen-Brüderschaft. — Die Schuhmacher-Innung und die Schumachergesellen-Brüderschaft brachten das Windelbahnfest vor dem Herzog von Croy zur Darstellung. — Auf dem Festwagen der Mühlenwerke von Kauffmann u. Sommerfeldt stand eine klappernde

Mühle. — In langem Zuge folgten die Innungen mit den Sinnbildern ihrer Gewerke. — Ferner marschierten im Zuge die Angestellten der Westphalschen Ziegelwerke und der Eisengießereien und Maschinenfabriken von Gustav Denzer und Karl Wilke. Den Abschluß bildeten ein Rettungszug der Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger sowie der Eisenbahnverein, der eine läutende und rauchende Lokomotive im Festzuge mitführte. Zahlreiche Musikkapellen und Fanfarenbläser waren im Zuge verteilt. Der Vorbeizug dauerte fast eine ¾ Stunde.

Danach begab sich das Kaiserpaar unter Führung von Oberbürgermeister Zielke ins Rathaus. Der Kaiser besichtigte die Sitzungssäle und die Wandgemälde und sprach sich über den guten Eindruck, den das Rathaus auf ihn machte, in anerkennenden Worten aus. Im Magistratssitzungssaal überreichte der Oberbürgermeister dem Kaiser mit einer Ansprache den Ehrentrunk der Stadt Stolp.

Der Kaiser nahm den Pokal — ein Geschenk des Landkreises Stolp — entgegen und erwiderte mit folgender Rede:

„Ich bitte Sie, im Namen J. M. der Kaiserin und in meinem Namen den herzlichsten und tiefgefühltesten Dank für den begeisterten Empfang an die Bürgerschaft der Stadt Stolp zu übermitteln. Wir sind mit Freuden der Einladung der Stadt gefolgt, um auch diesen Landesteil zu besuchen, dessen Treue erprobt ist während seiner Zugehörigkeit zu unserem Hause, besonders auch durch die Waffendienste seiner Kinder. Ich bin um so lieber gekommen, als die Stadt Stolp sich den Tag unseres Besuches dazu ausgesucht hat, um das meinem seligen Großvater gesetzte Denkmal zu enthüllen. Die Stadt hat damit einen Beweis patriotischen Fühlens gegeben, welcher der Bürgerschaft in jeder Beziehung Ehre macht. Die lange Geschichte, die die Stadt Stolp hinter

sich hat, teilweise voller schwerer Prüfungen, beweist, daß die Bürgerschaft niemals in der Treue zu unserem Hause gewankt hat, von dem Zeitpunkt an, wo sie unter die Herrschaft der Hohenzollern gekommen ist. Daß die Stadt im Laufe der letzten Jahrzehnte sich so schön hat entwickeln können, ist von Ihnen zutreffend dem lang andauernden Frieden zugeschrieben worden. Ich hoffe von ganzem Herzen, daß die Stadt auch fernerhin in Ruhe und Frieden sich ihrer Entwicklung widmen kann. Soweit mir ein kurzer Ueberblick hat zeigen können, habe ich mich überzeugt, daß auch bei Ihnen die Traditionen der Vorfahren hochgehalten werden. Ich freue mich, Ihnen zum Bau des Rathauses Glück wünschen zu können, in welchem ich nunmehr auf das Wohl, die Zukunft und die weitere Entwicklung der Stadt diesen Pokal leere."

Der Kaiser war in allerbester Stimmung und geradezu zum Scherzen aufgelegt. Als er den Pokal geleert hatte, sagte er lächelnd: „Der ist nicht hier gewachsen! Den Wein kann nur ein Feinschmecker ausgesucht haben!" — Den Wein hatte Adolf Bernhardt, der Wirt des Franziskaners und der Ratsweinstuben, geliefert. Es war „Rauhentaler Pfaffenberg", Jahrgang 1893.

Kaiser und Kaiserin trugen sich als erste in das goldene Buch der Stadt Stolp ein, das das Reiter-Regiment einige Stunden vorher der Stadt zur 600-Jahrfeier überreicht hatte.

Während dann die Kaiserin die Kirchen besichtigte und der Einweihung des Tuberkulose-Krankenhauses in Deutsch-Karstnitz beiwohnte, fuhr der Kaiser kurz nach 3 Uhr im Kraftwagen nach seinem Gute Schmolsin, wo er unter Führung des Forstmeisters Krahmer die von diesem geschaffenen Moorkulturen und die um Wilhelmshof eingerichteten landwirtschaftlichen Großbetriebe besichtigte.

Abends 7,30 Uhr kam der Kaiser von Schmolsin wieder in dem festlich beleuchteten Stolp an. Im Sonderzug fuhr er von hier nach Pröckelwitz in Ostpreußen zu einem Jagdbesuch beim Fürsten Dohna und zu den am 8. September beginnenden Kaisermanövern um Preußisch-Holland — Die Kaiserin war 4,30 Uhr nach Potsdam abgereist.

Bei dem Festessen, das am Abend des 5. September im Schützenhaus stattfand, hielt der Oberpräsident von Pommern, Freiherr von Maltzahn-Gültz eine Rede, die in der ganzen deutschen Zeitungswelt viel Staub aufwirbelte. Bezugnehmend auf die Kritiken, die die Zeitungen an der bekannten Königsberger Rede des Kaisers geübt hatten, sagte er unter anderem: „Wenn wir die letzten 14 Tage zurückdenken, so ist uns manches begegnet, was uns recht wenig sympathisch gewesen ist. Wenn das Gros unserer deutschen Zeitungen, redigiert von jungen Leuten, die zum größten Teil noch nicht trocken hinter den Ohren sind (Bravorufe!) sich herausnimmt, unserem allerhöchsten Herrn den Mund zu verbieten, so hoffe ich, daß das hier nicht gebilligt wird. Wir wollen, daß unser allerhöchster Herr nicht eine Figur im Schematismus ist, sondern daß er ein Mann ist, der seine Anschauungen auch vertritt, wie ein Mann. Dessen wollen wir uns freuen." —

Es würde zu weit führen, das Echo der Presse, das auf diese Bemerkung folgte, wiederzugeben. Es sei nur die gemäßigte Entgegnung der „Täglichen Rundschau" angeführt. Diese schrieb unter anderem: „Der Herr Oberpräsident liefert einen neuen Beleg für die Tatsache, daß in dem hohen preußischen Beamtentum über das Wesen und die Bedeutung der Presse und über ihre verantwortungsschwere Arbeit eine erschreckende Ahnungslosigkeit herrscht, eine Ahnungslosigkeit, die leider nicht ein Ding an sich ist, sondern ein Symptom für die vielfach traurig weiterwirkende Weltabgestorbenheit unserer Bürokratie."

Um den Zeitungsstreit kümmerten die Stolper sich wenig. Nicht, daß sie abgelenkt wurden durch die Eröffnung der Straßenbahn. Nein, als treue Pommern bewegte sie eine aufrichtige und anhaltende Freude über den Besuch ihres Kaisers, Königs und Herzogs. Nebenbei hatten alle Geschäftsleute durch den riesigen Fremdenverkehr gut verdient. Ein Ordensregen hatte sich über Stolp ergossen. Der Erste Bürgermeister Zielke war Oberbürgermeister und der Kaufmann Ali Kohls war Kommissionsrat geworden.

11. Der Stolper landwirtschaftl. Konsumverein.

Das Haus am Stephanplatz, in dem heute der Landwirtschaftliche Konsumverein seine Geschäftsräume hat, wurde im Jahre 1866 von dem Bankier Levy Friedländer gebaut. Friedländer verkaufte es 1887 an den Rechtsanwalt und späteren Justizrat Hermann Jacoby, von dem es dann um die Jahrhundertwende der Stolper landwirtschaftliche Konsumverein erwarb.

Der Konsumverein, der einerseits landwirtschaftliche Erzeugnisse von seinen Mitgliedern kauft und sie andererseits mit Saatgut, Kunstdünger, Futtermitteln und landwirtschaftlichen Maschinen versorgt, wurde 1886 von Major von Below-Saleske und Dr. Troschke gegründet. Das erste Büro bestand aus einem Zimmer in dem Hause der jetzigen Firma Müllerheim Nachfolger am Kirchplatz. Hier führte der Landwirt Holtz mit seiner tatkräftigen Frau die Geschäfte des Vereins. Ursprünglich war es kein einheitliches Unternehmen. Es bestanden vielmehr nebeneinander der Stolper landwirtschaftliche Konsumverein und die Stolper Kornverkaufsgenossenschaft. Beide hatten getrennte Vorstände und Aufsichtsräte, aber nur einen Geschäftsführer in

einem gemeinschaftlichen Büro. Von der Kornverkaufsgenossenschaft wurde das Kornhaus an der Strellinerstraße, das aus staatlichen Mitteln erbaut war, geleitet. Diese Genossenschaft wurde später aufgelöst und ging mit sämtlichen Aktiven und Passiven in den Konsumverein über.

Der eigentliche Aufschwung des Konsumvereins begann um das Jahr 1900. Das Hauptverdienst daran haben drei Männer: der Königliche Kammerherr Konstantin von Boehn-Kulsow, der Fideikommißbesitzer Rittmeister Walter von Below-Saleske und der erste Direktor des Konsumvereins Bruno Dahmers.

Der Kammerherr von Boehn-Kulsow, der 1931 in Stolp gestorben ist, war lange Jahre Vorsitzender des Vorstandes.

Der Rittmeister Walter von Below-Saleske, geboren 1863, ist in Ostpommern der Hauptführer auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens. Er ist nicht nur Vorsitzender des Aufsichtsrates des Stolper landwirtschaftlichen Konsumvereins, sondern auch Vorsitzender des Vorstandes der großen Stolper Molkerei-Genossenschaft und Mitglied des Aufsichtsrates der Pommerschen landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft in Stettin.

Der Direktor Bruno Dahmers, geboren 1866 in Thorn, übernahm am 1. Juli 1900 die Geschäftsführung des Konsumvereins und der damals noch bestehenden Kornverkaufsgenossenschaft.

Aus der Geschichte des Konsumvereins ist folgendes bemerkenswert: Das aus staatlichen Mitteln erbaute Kornhaus am Strelliner Weg brannte 1904 ab. Der Brand soll durch Selbstzündung bei den Getreidereinigungsmaschinen verursacht worden sein. Das heutige Kornhaus wurde auf dem alten Baugrund errichtet. Es ging in das Eigentum des Konsumvereins über,

während für den Staat eine Grundschuld von 45 000 Mark eingetragen wurde.

Im Jahre 1906 kaufte der Konsumverein von der Firma F. W. Koepke in Stolpmünde den sogenannten Grunauschen Speicher unmittelbar am Hafen. Der Kaufpreis betrug 80 000 Mark. Auch dieses Kornhaus wurde ein Opfer der Flammen. Als es 1914 in den ersten Wochen des Krieges abbrannte, glaubte man bei der Aufregung, die damals begreiflicherweise allgemein herrschte, das Gebäude sei von russischen Gefangenen oder von Agenten unserer Kriegsgegner in Brand gesteckt worden. Es ist nicht aufgeklärt worden, wie das Feuer entstanden ist. Wahrscheinlich ist Unachtsamkeit die Ursache, denn der größte Teil der Arbeiter, die den Betrieb kannten, war zu Kriegsdiensten eingezogen und durch neue unerfahrene Leute ersetzt worden. Sogleich nach dem Brande wurde ein neues Kornhaus mit allen technischen Neuerungen aus reinem Zementbeton errichtet. Dieses neue Kornhaus am Hafen von Stolpmünde — eines der größten an der Ostsee — faßt rund 8000 Tonnen Schwergetreide.

Von den Filialen des Stolper landwirtschaftlichen Konsumvereins in Lauenburg, Rummelsburg und Bütow haben sich die beiden ersten zu selbständigen Ein- und Verkaufsvereinen entwickelt. In Klenzin-Glowitz wurde eine Lagerstelle eingerichtet und am Friedrichplatz in Stolp eine eigene Maschinenabteilung.

Als der Direktor Dahmers 1900 die Geschäftsführung übernahm, zählte der Konsumverein rund 1100 Mitglieder. Als Dahmers am 1. Januar 1929 in den Ruhestand trat, war die Zahl der Mitglieder auf rund 5000 angewachsen. Dementsprechend waren auch die Umsätze und der Reingewinn gestiegen. Beispielsweise betrug im Geschäftsjahr 1928 der Gesamtumsatz 1 272 936 Zentner im Werte von 8 819 788,81 Mark; davon entfielen auf Getreide 292 414 Zentner und auf an-

dere Waren 980 622 Zentner. Nach erheblichen Zurückstellungen und Abschreibungen betrug der Reingewinn 56 626,27 Mark.

12. Die Stolper Bank.

(Benutzt wurde die Festschrift von
Bernhard Wilke:
Fünfzehn Jahre Stolper Bank Aktiengesellschaft)

Es ist natürlich, daß an dem von der Landbevölkerung stark besuchten Wollmarkt zuerst ein Gasthof mit Ausspannung entstand. Den Gasthof, der an der Stelle lag, an der heute die Stolper Bank steht, hatte anfangs Karl August Müller, der ihn 1877 an den Kaufmann Hermann Schröder verkaufte. Von diesem ging er 1884 an Otto Westphal über. Die Witwe Therese Westphal geb. Hoffmann verkaufte das Grundstück 1904 an den Stolper landwirtschaftlichen Konsumverein, dem heute der Grund und Boden noch gehört. Der Gasthof bestand aus einem einstöckigen Gebäude mit Stallungen. In einem Anbau hatte der Friseurmeister Rudolf Zander seine Barbierstube. Die Baulichkeiten wurden 1911 abgebrochen, und die Stolper Bank errichtete hier ihren ansehnlichen Neubau.

Die Stolper Bank Aktiengesellschaft ist ein noch junges Unternehmen. Sie wurde im Jahre 1909 von der Pommerschen Landesgenossenschaftskasse e. G. m. b. H. in Stettin und einer Reihe ostpommerscher Großgrundbesitzer mit einem Aktienkapital von 500 000 Mark gegründet. Das von dem Justizrat Erdmann Scheunemann am 21. September 1909 in Kleins Hotel aufgenommene Gründungsprotokoll führt als Gründer folgende Personen auf:

1. Als Vertreter der Pommerschen Landesgenossenschaftskasse:
   Landrat a. D. von Brockhausen aus Stettin.

Direktor Schellong-Stettin.
Direktor Dr. Hoffmann-Stettin.
Rittergutsbesitzer Rehfeld aus Langenhagen.

2. Rittergutsbesitzer aus der Umgebung Stolps:
von Boehn-Kulsow.
von Puttkamer-Glowitz.
Rieck-Eggebert-Poganitz (später geadelt).
von Goerne-Bessin.
Wallenius-Grapitz.
Neumann-Kl.-Silkow.
Dr. Petersen-Sellin.
von Below-Saleske.
Kellermann-Vilgelow.
von Puttkamer-Versin.
Graf von Krockow-Peest.
Arnold-Reitz.
von Puttkamer-Barnow.
von Courbière-Sanskow.
von Bandemer-Weitenhagen.
von Mitzlaff-Mickrow
und Direktor Dahmers vom Stolper landwirtschaftlichen Konsumverein.

Dem Aufsichtsrat gehörten an:

Der Reichs- und Landtagsabgeordnete Landrat a. D. von Brockhausen-Stettin.
Kammerherr von Boehn-Kulsow.
Justizrat Scheunemann-Stolp.
Rittergutsbesitzer Dr. Dennig-Juchow.
Rittergutsbesitzer Wallenius-Grapitz.
Rittergutsbesitzer Rehfeld-Langenhagen.

Den Vorstand bildeten:

Bankdirektor Dr. Hans Hoffmann-Stettin und Bankdirektor Paul Reiße-Stolp.

Der Geschäftsbetrieb der Bank wurde am 3. November 1909 in gemieteten Räumen des Hauses Mittelstraße 46 eröffnet. Unter der geschickten und tatkräftigen Leitung des Bankdirektors Paul Reiße entwickelte sich das Unternehmen dank des Vertrauens, das ihm von allen Seiten ent-

gegengebracht wurde, äußerst günstig. Die blühende Landwirtschaft, sowie die hieraus sich ergebende rege und gesunde Geschäftstätigkeit in Industrie, Handel und Gewerbe in Hinterpommern gestatteten Reiße eine verhältnismäßig schnelle Ausdehnung des Bankbetriebes und die Einrichtung der Zweigstellen in Lauenburg, Kolberg, Schlawe, Rügenwalde und Rummelsburg.

Durch die Ausdehnung des Unternehmens wurden die eigenen Mittel der Gesellschaft so stark in Anspruch genommen, daß die Generalversammlung im Januar 1912 das Aktienkapital von 500 000 Mark auf 2 000 000 Mark erhöhte. Gleichzeitig wurde die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder von sechs auf neun vermehrt. Es traten neu hinzu: Fabrikbesitzer Gustav Denzer-Stolp, Fabrikbesitzer Hugo Weißhuhn-Lauenburg und Rittergutsbesitzer von Zitzewitz-Zitzewitz.

In den zwei Jahren ihres Bestehens war die Stolper Bank so gewachsen, daß die engen Geschäftsräume in der Mittelstraße nicht mehr ausreichten. Man entschloß sich zu einem Neubau am Stephanplatz, und dort entstand nach den Plänen des Stadtbaurats Launer in Quedlinburg das heutige Bankgebäude. Es wurde am 1. April 1912 bezogen.

Auch in dem neuen Gebäude vermehrte sich der Kundenkreis, und das Unternehmen wuchs, obwohl mit Rücksicht auf die außenpolitischen Entwicklungen (Marokkokonflikt und Balkankriege) bei der Aufnahme und Gewährung neuer Kredite Zurückhaltung geübt werden mußte, um die Liquidität des Unternehmens zu sichern. Die mustergültige Leitung zeigte sich beim Ausbruch des Weltkrieges. Die Bank konnte bei der Mobilmachung am 1. August 1914 allen Anforderungen genügen. Die Geschäftstätigkeit erfuhr naturgemäß starke Einschränkungen, da die Vermittlung von Hypotheken stockte und das Effektengeschäft mit Schließung der Börse bereits kurz

vor der Mobilmachung vollständig unterbunden worden war.

Mit dem Direktor Reiße wurde ein Teil des Personals zu den Fahnen einberufen. Die Lücken wurden durch weibliche Hilfskräfte aufgefüllt. Der Prokurist Hans Rumpf und die Angestellten Fritz Graebke, Gerhard Behnke und Wilhelm Lindstädt starben den Heldentod. Die Leitung der Bank übernahm während der Kriegsjahre Direktor von Ohlen.

Die bestehenden Geschäftsverbindungen wurden aufrecht erhalten. Landwirtschaft, Handel und Industrie und vor allem die Kriegslieferanten erhielten erhebliche Kredite. Trotzdem wurden von der Bank und ihren Kunden noch 20 Millionen Mark Kriegsanleihe gezeichnet. Aber trotz aller deutschen Riesenleistungen auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet wurde der Krieg nicht siegreich beendet. Der Umsturz mit all seinen zerstörenden Begleiterscheinungen verursachte den entwürdigenden Friedensschluß und die Geldentwertung. Die Entwicklung der Stolper Bank während der Inflation war die gleiche wie bei allen Geldinstituten. Spekulationen auf dem Waren- und Effektenmarkt, Jagd nach Devisen und wertbeständigen Gegenständen, Millionen- und Billionenrausch brachten kaum zu bewältigende Arbeit und eine starke Personalvermehrung.

Als am 1. Oktober 1924 die Umstellung der Papiermark in Goldmark kam, wies die erste Goldmarkbilanz der Stolper Bank ein Reinvermögen von 500 000 RM. auf. Hiervon wurden dem Grundkapital 400 000 RM. und dem gesetzlichen Reservefonds 100 000 RM. zugeteilt. Gleichzeitig wurde das Aktienkapital um 600 000 RM. auf 1 000 000 RM. erhöht und die Bank durch Uebernahme der Ostbank für Handel und Gewerbe in Köslin erweitert.

Durch die Festmark hörte das Rechnen mit den Riesenzahlen auf. Vermögen und Sachwerte muß-

ten auf die Goldmark zurückgeführt werden Geblendet durch die Inflationspreise waren viele Geschäftsleute und Landwirte hierzu nicht fähig. Besonders in der Landwirtschaft wurden vielfach die Sachwerte überschätzt. Die Güter wurden zu hoch beliehen und durch falsche Maßnahmen in ihrer Leistungsfähigkeit übersteigert. Hinzu kam die Krise in der Landwirtschaft, die Ueberproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse auf der ganzen Erde. Bei den niedrigen Preisen waren die hohen Zinsen der überbeliehenen Grundstücke nicht zu schaffen. Zwangsversteigerungen und Konkurse waren die Folgen nicht nur in der Landwirtschaft, sondern in allen Wirtschaftszweigen, die von ihr abhängig sind. Diese Entwicklung mußte naturgemäß auch auf die Stolper Bank, in deren Geschäftsbereich die Landwirtschaft vorherrschend ist, ihre Schatten werfen.

Der Stolper Bank ist es aber trotz der Geldknappheit und sonstigen Hemmungen, die die Nachkriegszeit brachte, gelungen, ihre Aufgaben gegenüber der Wirtschaft zu erfüllen. Seit 1930 haben die Leitung die Bankdirektoren Voegel und Birr.

Laut Generalversammlungsbeschluß vom 11. April 1933 hat sich die Stolper Bank mit der ihr befreundeten Pommerschen Bank für Handel und Gewerbe A. G. in Stettin und der Neuvorpommerschen Spar- und Kreditbank A. G. in Stralsund zu einem großen Unternehmen unter dem Namen „Pommersche Bank A. G.“ zusammengeschlossen. Der Hauptsitz der Bank ist in Stettin. Die Städte Stolp und Stralsund sind zu Kopfstellen eingerichtet worden. Filialen unterhält die Bank in Anklam, Bergen auf Rügen, Cammin, Falkenburg, Greifswald, Köslin, Kolberg, Lauenburg, Neustettin, Putbus auf Rügen, Schlawe, Stolpmünde, Swinemünde, Treptow an der Rega und Wollin. Das Aktienkapital beträgt 2,7 Millionen RM., die offenen Reserven zunächst 350 000 RM.

Nach den Verlautbarungen der Bank ist der Zusammenschluß erfolgt, um den Geldausgleich zwischen dem Osten und dem Westen der Provinz rascher in dem Großunternehmen mit seinem umfangreichen Filialnetz an den wirtschaftlich bedeutendsten Plätzen Pommerns zu ermöglichen. Die Pommersche Bank A. G. hat es sich zur Aufgabe gemacht, ihre neuzeitlich eingerichteten Betriebe allen Kreisen der pommerschen Wirtschaft dienstbar zu machen, und Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrie beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nach Kräften zu unterstützen.

Alle Gelder, die der Bank als Spareinlagen und an sonstigen Einnahmen zufließen, sollen in erster Linie der heimischen Wirtschaft, insbesondere dem Mittelstande, zugute kommen.

13. Kaufhaus Gustav Zeeck.

Kaufmännische Unternehmungen kommen selten auf den Enkel des Gründers. Das Geschäft geht entweder in fremde Hände über oder es erlischt, durch jüngere Unternehmungen überflügelt. Die Firma Gustav Zeeck, deren ansehnliches Geschäftshaus die Ostseite des Stephanplatzes beherrscht, ist in Stolp die Nachfolgerin des Kaufhauses Robert Landt.

Der unternehmungslustige Robert Landt, geboren am 3. Juni 1865 in Patzig auf Rügen, eröffnete im September 1894 ein Textilwarengeschäft in Stolp am Markt Nr. 4. Bei der Eröffnung hatte das Haus zwölf Angestellte, und zwar drei Verkäufer, vier Verkäuferinnen, eine Kassiererin, die zugleich Buchhalterin war, einen männlichen Lehrling, zwei weibliche Lehrlinge und einen Hausdiener. Es war damals, nicht nur in Stolp sondern allgemein, Sitte, daß in den Geschäften gehandelt wurde. Robert Landt stellte für sein Unternehmen den Grundsatz auf: Gute Waren zu angemessenen, aber streng festen

Preisen. Diese Neuerung brachte ihm anfangs nicht unerheblichen Schaden. An die festen Preise konnten sich die Käufer nur schwer gewöhnen. Von 100 Leuten, die ins Geschäft kamen, verließen es 75, ohne gekauft zu haben, eben weil sie nicht handeln konnten. Aber Robert Landt setzte sich mit seinem Grundsatz allmählich durch. Die Umsätze wurden von Tag zu Tag größer, und dementsprechend wuchs auch die Zahl der Angestellten. Es war dies noch in den Jahren, als man von den sozialen Errungenschaften der heutigen Zeit nichts wußte. Eine Regelung der Geschäftszeit wie heute gab es noch nicht. Im Sommer wurde das Geschäft um 7 Uhr morgens geöffnet und abends je nach Laune des Chefs, gewöhnlich um ½10 Uhr, geschlossen. Die Mittagszeit war nur auf eine halbe Stunde bemessen, und Frühstücks- und Vesperpausen wurden hinter dem Ladentisch erledigt.

Das Geschäft von Robert Landt entwickelte sich so günstig, daß um die Jahrhundertwende die Räume am Markt zu klein wurden. Landt versuchte deshalb nach Fertigstellung des neuen Rathauses auf dem Stephanplatz, das alte auf dem Markt von der Stadt zu mieten, um es zu einem Warenhause umzubauen. Dieses Vorhaben scheiterte aber an dem Einspruch der gesamten Kaufmannschaft, die dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung erklärte, daß die Verwirklichung dieses Planes nicht nur ihren, sondern auch den Ruin ihrer Hypothekengläubiger bedeuten würde.

Als nun im Jahre 1902 der Kaufmann Emil Wagner seinen großen Lagerschuppen am Neuen Tor durch den Maurermeister Ruth zu einem Geschäftshaus umbauen ließ — es ist das Gebäude, in dem sich heute das Kaffeehaus Reinhardt befindet —, verlegte Robert Landt dorthin sein Geschäft. Im März 1903 wurde das neue Geschäftshaus als „Kaufhaus am neuen Tor" dem Verkehr

übergeben. Allgemein sahen Geschäftsleute und Kundschaft den Tausch der guten Geschäftsgegend am Markt mit dem Platz am neuen Tor für sehr gewagt an, und Robert Landt mußte immer wieder die Redensart über sich ergehen lassen: „Nun Herr Landt, jetzt ziehen Sie ja vors Tor!" Worauf der Selbstbewußte dann barsch erwiderte: „Und wenn ich nach Kublitz ziehe, mache ich auch mein Geschäft!"

Anfangs hatte Landt das Geschäftshaus für 10 000 Mark jährlich gemietet. Später hat er es käuflich erworben. Schon in seiner äußeren Aufmachung war das Haus damals das modernste in Hinterpommern. Zu der kleinen und mittleren Kundschaft, die es am Markt vorwiegend gehabt hatte, traten in dem neuen Gebäude die vermögenden Schichten der Bevölkerung nicht nur aus Stolp, sondern auch aus Schlawe, Rügenwalde, Bütow, Rummelsburg und Lauenburg. Zu den Kunden zählte auch bald der Landadel des ganzen Gebietes.

Im Jahre 1910 hatte das Kaufhaus bereits 100 Angestellte. Es wuchs dauernd, so daß wiederum der Zeitpunkt eintrat, daß die Geschäftsräume zu klein waren. Robert Landt ging unbeirrt seinen Weg. Zwischen dem Neuen Tor und der Predigerstraße lagen an der Stadtmauer acht Häuser. Diese kaufte er auf und brach sie ab. Dann erwarb er noch einen Geländestreifen aus dem Stephanplatz, den er der Stadt mit 100 Mark je Quadratmeter bezahlte. Auf dem so gewonnenen Bauplatz wurde dann nach den Plänen des im Weltkrieg gefallenen Architekten Eduard Koch das heutige Geschäftshaus errichtet.

Noch während des Baues, am 5. September 1910, verkaufte der 45jährige Robert Landt das Geschäft an seinen Schwager Gustav Zeeck in Rostock Landt erwarb ein Rittergut bei Danzig und wurde Landwirt.

Gustav Zeeck war seinem Schwager an Unternehmungslust noch überlegen. Die alte bekannte Firmenbezeichnung „Robert Landt" ließ er nicht bestehen. Schon am Tage nach dem Kaufabschluß prangte am Eingang die neue Firma „Gustav Zeeck". — Landt war hierüber sehr ungehalten und machte seinem Zorn Luft in den Worten: „Das sind Aeußerlichkeiten! Nach 100 Jahren wird man doch noch von der Firma Robert Landt sprechen!"

Gustav Zeeck wurde wie sein Schwager Robert Landt auf Rügen und zwar in Garz geboren. Er besuchte dort die Schule und kam in seinem 15. Lebensjahre in die Lehre zu dem Kommissionsrat Wewetzer in dem Marktflecken Sagard auf Rügen. Nach seiner Lehrzeit war er zunächst Verkäufer in Stettin und später Abteilungsleiter bei seinem Bruder Eduard Zeeck in Stralsund. Von Stralsund aus besuchte er oftmals Rostock. Die Stadt sagte ihm zu, und es reifte in ihm der Entschluß, sich dort selbständig zu machen. Den Plan führte er im September 1896 durch Eröffnung der Firma Gustav Zeeck in Rostock durch. Das Geschäft entwickelte sich glänzend. Bereits im Jahre 1901 mußte ein Erweiterungsbau in Angriff genommen werden, dem in den Jahren 1906 und 1911 weitere Neu- und Erweiterungsbauten folgten. Heute beschäftigt die Firma Gustav Zeeck in ihrem Stammhaus in Rostock rund 600 Personen. Außer dem Stammhaus bestehen Gründungen von Gustav Zeeck in Stolp, Kolberg, Schneidemühl, Naugard, Rügenwalde, Lauenburg und Stolpmünde. In Stolp ist der Kaufmann Edmund Regler Mitinhaber der Firma. Weitere Mitinhaber sind in Kolberg der Kaufmann Seitz und in Rostock Erich Voß und Gustav Fuhrmann. In den übrigen Zeeckschen Häusern sind Geschäftsführer tätig. Jedes Haus arbeitet für sich und macht seine Einkäufe selbständig. Einkaufshäuser hat die Firma in Berlin, Chemnitz und Plauen

Gustav Zeeck starb im Jahre 1921. Seit 1930 ist sein Sohn Erich Zeeck Mitinhaber sämtlicher Firmen Gustav Zeeck.

In Stolp gehört der Firma außer dem Geschäftshaus am Stephanplatz noch das alte Robert Landtsche Geschäftshaus, in dem sich das Kaffeehaus Reinhardt befindet. Ferner hat die Firma für Erweiterungsbauten die alten Häuser an der Predigerstraße gegenüber der Mittelschule erworben. Auch unterhält sie Werkstätten in der Kl. Auckerstraße und seit 1930 die Zeeck-Passage, eine Ausstellungshalle an der Neutorstraße.

In der Lage des Geschäftshauses, das rings von Straßen umgeben ist, liegt der Nachteil, daß eine Erweiterung schwierig ist. Um das Geschäftsgebäude mit dem Bauplatz an der Predigerstraße in Verbindung zu bringen, muß die Mühlentormauerstraße (zwischen Zeeck und Bröske) überbaut werden. Als die Firma vor einigen Jahren Baupläne in dieser Weise durchführen wollte, scheiterte das Bauvorhaben, das städtebaulich das Straßenbild ungemein verschönt hätte, an dem Widerstand der angrenzenden Grundstückseigentümer. Eine Lösung muß in den kommenden Jahren gefunden werden, denn das Geschäft, das sich immer noch in aufsteigender Linie bewegt, verlangt es.

Wie bereits gesagt, ist der Kaufmann Edmund Regler, geboren am 8 .März 1878 in Leipzig, seit 1910 nicht nur Leiter, sondern auch Mitinhaber der Firma Gustav Zeeck in Stolp. Er hat den seinerzeit von Robert Landt begonnenen Neubau des jetzigen Geschäftshauses durchgeführt und alle späteren Erweiterungen geschaffen.

Die Anzahl der Angestellten des Stolper Hauses beträgt rund 350 Der älteste Angehörige der Firma ist der am 10. April 1866 in Bremen geborene Geschäftsführer Wilhelm Meyer. Meyer hat den ganzen Aufstieg des Geschäfts, an dem er selbst bedeutenden Anteil hat, mitgemacht. Er

war von 1896, als sich das Geschäft noch am Markt befand, bis 1910 Prokurist bei Robert Landt und von da ab Geschäftsführer bei der Firma Gustav Zeeck. Neben Wilhelm Meyer ist eine besondere Stütze der Firma die Vorsteherin der Werkstätten für Damenbekleidung, Fräulein Klara Kahl aus Rostock.

14. Das Schützenhaus.

Aus der ältesten Stolper Stadtkarte die auf Veranlassung von Friedrich Wilhelm I. der Landmesser Friedrich Auen in den Jahren 1730—35 herstellte, geht noch deutlich die mittelalterliche Befestigung der Stadt hervor. In der Umwallung befanden sich drei Bastionen. Auf der einen lag das Wallhaus der Bürgerschaft, das heutige Schützenhaus am Stephanplatz, und auf der zweiten das Schützenhaus der Gewandschneider (später Kaufleute genannt), das heutige Wallhaus. Die dritte Bastion war der Schmatzkenberg (Schmatzken sind junge Schafe), der später Kugelfang des Schießstandes der Bürgerschützengilde war und 1850 beim Bau der Kublitzer Chaussee eingeebnet wurde. Zwei dieser früheren Bastionen sind heute noch im Eigentum der Bürgerschützengilde, beziehungsweise der Korporation der Kaufmannschaft, der Nachfolgerin der Gewandschneider. Nicht immer war also die Schützengilde eine gesellige Vereinigung zu fröhlichem Spiel und Trunk, ihre Anfänge gehen vielmehr, wie ihr Eigentum an Grund und Boden an der vordersten Linie der früheren Stadtbefestigung zeigt, auf die Zeiten wehrhaften Bürgertums zurück. Die Bürgerschützengilde in Stolp ist deshalb auch viel älter als ihr ältestes urkundlich erhaltenes Privilegium, das ihr 1684 der Große Kurfürst verliehen hat.

Die Bürgerschützengilde, die Gilde der Gewerke, hat später in sich aufgenommen die Schützengilde

der Gewandschneider und die Vogelschützengilde. Die letztere bestand während der napoleonischen Besetzung. Als nach dem Ueberfall des Generals Sokolnicki im Jahre 1807 in Stolp die Gewehre abgeliefert werden mußten, tarnte man die Schießübungen der jungen Leute durch die Bildung einer Schützenvereinigung mit dem harmlosen Namen Vogelschützengilde. Unter anderem wurde auch nach einem großen Holzvogel geschossen. Aus dieser Vogelschützengilde bildete sich in Stolp, als 1813 die Landwehr errichtet und der Landsturm aufgeboten wurde, eine freiwillige Jägerkompanie, die Sonntags exerzierte und am Mittwoch bei der Lohmühle am Rennebach schoß. Nach den Freiheitskriegen blieben die Vogelschützengilde und das Schießen nach dem großen auf einer hohen Stange befestigten Holzvogel bestehen. Das Schützenfest wurde im Juli in der Lohmühle gefeiert. Ein eifriges Mitglied dieser Gilde war vor allem der Bürgermeister Fr. W. Arnold. Nach dem Aussterben der freiwilligen Jäger vereinigte sich die Vogelschützengilde im Jahre 1850 mit der Bürgerschützengilde.

Nach einer feuchtfröhlichen Weinprobe feiert alljährlich 14 Tage nach Pfingsten die Gilde drei Tage lang ihr Schützenfest, das sich in Stolp zu einem wirklichen Volksfest entwickelt hat. Auf dem Stephanplatz und in der Ringstraße entsteht eine Zeltstadt, in der Schaustellungen und Volksbelustigungen aller Art geboten werden. Es ist der Stolper Karneval, des Volkes wahrer Himmel. Die Größe des Betriebes ersieht man aus dem Standgeld, das die Stadt von den Buden und Karussellbesitzern für die drei Festtage erhebt. Es beträgt etwa 5000 RM.

Soweit es sich zurückverfolgen läßt, ist das Schützenfest nur im Jahre 1831 ausgefallen. Damals wurde es wegen des großen Brandes, der am 18. Mai 1831 in Stolp wütete, zunächst verschoben. Man wollte es an Königsgeburtstag, am

3. August, feiern. Es fiel dann aber wegen der auftretenden Cholera ganz aus. Die Beiträge wurden zur Unterstützung der durch den Brand Geschädigten verwendet.

Der Schützenkönig erhielt früher die Nutzung der Königswiese. Als älteste Königswiese wird in den Karten der Straßenblock nachgewiesen, in dem heute das Finanzamt steht. Später ist die Stolpewiese, auf der 1927 das Wiesenbad errichtet wurde, Königswiese geworden. Die Bezeichnung besteht heute noch als Flurname. Die Einkünfte aus der Wiese stehen dem Schützenkönig aber seit vielen Jahren nicht mehr zu. Von 1799 ab fielen dem König die Einnahmen aus der Wallwiese zu. Diese betrugen damals 25 Reichstaler 16 Groschen. Später bewilligte ihm die Gilde eine Ehrengabe von 10 Reichstalern. Heute erhält der Schützenkönig 12 silberne Eßlöffel, während der erste Ritter 6 silberne Eßlöffel und der zweite Ritter 12 silberne Kaffeelöffel erhält.

Der jeweilige Oberbürgermeister ist Assessor der Gilde. Am Schützenfest wird er feierlich von der aufmarschierenden Gilde vom Rathaus zum Marsch durch die Stadt zum Schießstand abgeholt.

Bei festlichen Gelegenheiten, bei Fürstenbesuchen, Truppeneinzügen, Einführungen von Bürgermeistern und dergleichen stellte früher die Bürgerschützengilde die Wachen und erwies die üblichen Ehren. Die Mitglieder trugen damals beim Schießen und bei den Aufzügen noch die grüne Schützenuniform. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat der Frack, der früher nur beim Essen und auf dem Festball getragen wurde, allmählich die Uniform verdrängt. Heute marschiert die Gilde — eine eigenartige Entwicklung — mit Gewehr in Frack und Zylinder. Bei auswärtigen Tagungen tragen die Mitglieder jedoch die grüne Uniform, die jetzt auf Drängen des deutschen Schützenbundes wieder eingeführt werden soll.

Der Fachwerkbau des heutigen Schützenhauses ist 1784 mit einem Kostenaufwand von 1500 Talern erbaut worden. Im Protokollbuch der Schützengilde heißt es, daß der Bauplatz erst hergerichtet werden mußte, da sich an der Stelle ein Berg befand. Mit diesem Berg — gemeint ist die frühere Bastion — wurde 1783 unter Beteiligung aller Gewerke der davor liegende Teich zugeschüttet. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Linden und Ulmen auf dem Wall gepflanzt, von denen heute noch einige stehen.

1812—13 war das Schützenhaus Lazarett für französische Kranke und russische Gefangene. 1850 ließ die Gilde durch den Zimmermeister Gollner, der um diese Zeit eine Reihe Stolper Häuser errichtet hat, den Saal bauen. 1926 wurden der Theatereingang in der Ringstraße und 1931 die Kegelbahnen errichtet.

Früher hatte die Schützengilde ihren Schießstand hinter dem Schützenhause auf der Pfahlwiese (heute Rosengarten). Als Kugelfang diente der Schmatzkenberg, auf dem heute die Gertraudenkapelle steht. Die 1849 von der Mönchstraße quer durch den Acker angelegte Kublitzer Chaussee durchschnitt den Schießstand, der deshalb nach der Lohmühle (Waldkater) verlegt wurde. Hier schoß die Gilde bis 1863. Dann wurde der Schießstand an der Gasanstalt gebaut. Als nach dem Kriege hier die Bebauung stärker einsetzte und auch das Gaswerk für seine Erweiterungen Gelände benötigte, gab die Stadt der Schützengilde 1925 im Tauschwege eine 4,25 Hektar große Ackerfläche am Plassower Wege. Die Gilde hat dort 1926 ihre Schießstände und ihr weithin sichtbares Gasthaus „Die Schützengildenhöhe" errichtet. Das Gasthaus wurde von dem Baumeister Walter Kirchmann erbaut. Das freie Gelände vor dem Gasthaus hat die Gilde vertragsgemäß mit gärtnerischen Anlagen versehen, deren Benutzung, unbeschadet des Hausrechts der Gilde, der Bevölkerung erlaubt

ist. Im Jahre 1932 hat Oberbürgermeister Hasenjaeger durch Herstellung eines 16 Meter breiten Weges, der mit drei Reihen Kastanien bepflanzt ist, die Schützengildenhöhe von der Mackensenstraße aus besonders zugänglich gemacht.

In ihrem Vorstandszimmer im alten Schützenhaus am Stephanplatz bewahrt die Gilde mancherlei Sehenswürdigkeiten auf. Die Zimmerwände sind bedeckt mit den Lichtbildern all der Stolper Bürger, die bei den Schützenfesten in den letzten Jahrzehnten die Königs- und Ritterwürde errangen. Hier ist auch die Janitscharenmusik, die der Rittergutsbesitzer von Below-Saleske der Gilde im Jahre 1840 schenkte, untergebracht. Unter den vielen Platten der Königskette befindet sich eine, die Blücher gestiftet hat. 1843 ernannte die Gilde den Feldmarschall Wrangel zu ihrem Ehrenmitglied. Dies hinderte aber nicht, daß am Schützenfest, am 4. Juni 1849, nach einer Hetzrede des Wundarztes Bauer, des bekannten Volksredners der 48er Revolution, der Töpfermeister Laun das Bild Wrangels von der Wand nahm und es aus dem Fenster des Schützenhauses warf, so daß es auf der Straße zertreten wurde. Die Mehrzahl der Schützenbrüder mißbilligte scharf dieses Verhalten, und als der Vorstand gegen Laun, der die Tat später mit seiner Betrunkenheit entschuldigte, nichts unternahm, trat eine Reihe angesehener Mitglieder aus der Gilde aus.

15. Die Südseite des Stephanplatzes.

Unmittelbar südlich vom heutigen Stephanplatz begann früher der Acker, die steppenartige Weidefläche, die sich bis Kublitz hinzog. In der Nähe der Stadt finden sich schon in früheren Jahrhunderten die Ackergärten, Vorgänger der heute bereits nach hunderten zählenden Schrebergärten,

die immer weiter in den Aucker vorgeschoben werden. Diese Gärten haben der Gartenstraße den Namen gegeben. Im 18. Jahrhundert tauchen am Südrand der damaligen Quebbe Scheunen von Ackerbürgern und Schuppen von Gewerbetreibenden auf. Eine Kartenskizze aus dem Jahre 1815 zeigt die Scheunenreihe und die Namen ihrer damaligen Eigentümer. Die ersten Wohnhäuser wurden an der Südseite des Platzes, und zwar an der Ecke der Kl. Auckerstraße, in der Mitte des 19. Jahrhunderts gebaut. Diese Häuser gehören heute Rupprecht und Tränkner.

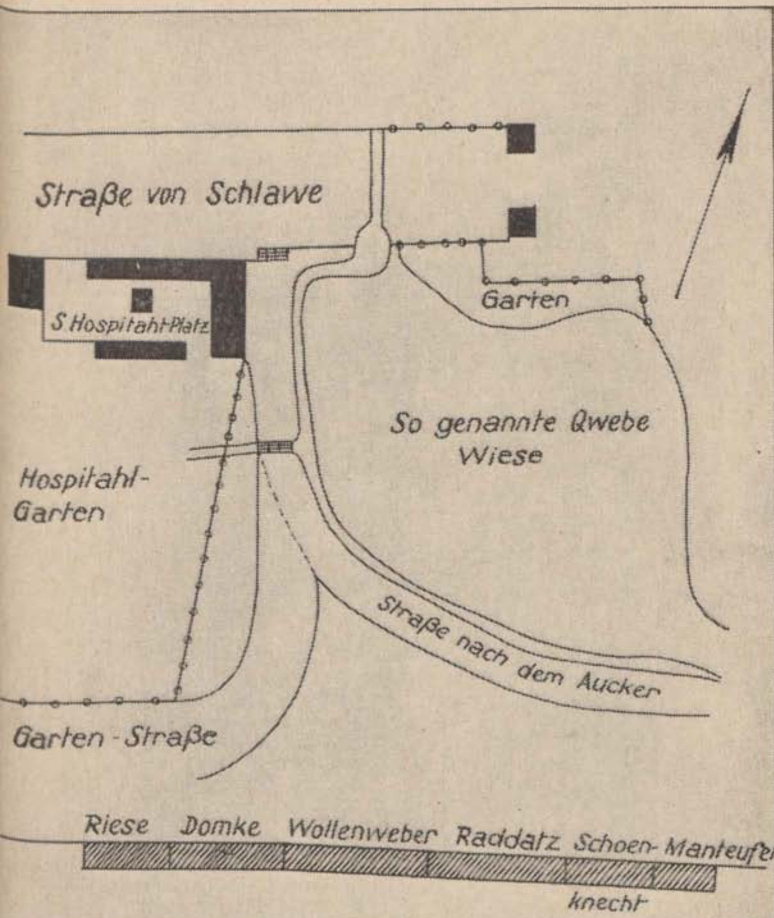
Auf dem Rupprechtschen Hause befindet sich an der Ecke der Kleinen Auckerstraße ein turmartiger Aufbau, der in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts eine besondere Rolle spielte Um diese Zeit kam alljährlich der Seiltänzer William Schwarz nach Stolp und spannte von diesem Turm aus sein Hanfseil nach einem Mast auf dem Wollmarkt. Von dem Seil hing eine Reihe von Schnüren herunter mit einer Schlinge am unteren Ende, in die sich hilfsbereite Zuschauer legten, um das Seil straff zu ziehen, wenn William Schwarz seine waghalsige Kunst zeigte.

Das geschäftliche Leben erwachte auf der Südseite des Platzes erst, als im Jahre 1872 der Ackerbürger Stern sich mit dem Kaufmann Giese zusammentat, und beide auf dem Sternschen Grundstück — heute Stephanplatz 4 — eine Baustoffhandlung unter der Firma „Giese und Stern" eröffneten. Giese trat 1890 aus dem Geschäft aus. Stern, der kein Fachmann war, verkaufte es 1899 an Otto Boldt. Boldt baute das Geschäft weiter aus durch Aufnahme von eisernen Trägern, Drahtstiften, Brennstoffen und ähnlichen Dingen. Die Erweiterung des Geschäfts machte auch eine Erweiterung des Grundstücks erforderlich. Boldt kaufte deshalb im Jahre 1907 das Nachbargrundstück Stephanplatz 5 von dem Ackerbürger Franz Schuffert, der hier ein Fuhrgeschäft

— er fuhr auch lange Jahre den Leichenwagen — betrieben hatte, hinzu. Nach dem Tode von Otto Boldt im Jahre 1925 ging das Geschäft an seine beiden Kinder über, die es im Jahre 1929 an Alfred Zeuner und Julius Gosda verkauften. Zeuner kannte das Geschäft. Er war bereits seit 1914 Geschäftsführer und Prokurist der Firma Giese und Stern, Inhaber Otto Boldt. Gosda, der seinen Wohnsitz in Danzig hat, ist der Schwager von Zeuner. Die Firma heißt jetzt: Giese und Stern, Inhaber Zeuner u. Gosda G. m. b. H. Sie ist mit einem Stammkapital von 100 000 RM. ausgerüstet. Die Geschäftsgrundstücke sind persönliches Eigentum von Julius Gosda in Danzig. Seit 1930 ist dem Baustoff- und Kohlengeschäft eine Stabeisenhandlung angegliedert worden. Ferner ist auf dem der Firma von der Stadt im Erbbaurecht überlassenen Industrieplatz an der Bütower Straße, gegenüber dem Schlachthof, die Zementwarenfabrikation bedeutend erweitert worden.

Das Grundstück neben Zeuner und Gosda — Stephanplatz Nr. 6 — hat früher dem Schmiedemeister Andreas Jung gehört. Im Jahre 1914 hat es der Maschinenbauer Louis Hosenfeldt, aus der alten Stolper Familie der Hosenfeldts, von dem Oberpfarrer Otto Jung in Wriezen a. O. erworben. Louis Hosenfeldt hat große Umbauten vorgenommen und zeitgemäße Fabrikräume eingerichtet, die aber von der Straße aus auf dem außerordentlich tiefen Grundstück nicht in Erscheinung treten. Hosenfeldt baut landwirtschaftliche Maschinen eigener Konstruktion. Am bekanntesten sind seine Dreschkasten.

Das Grundstück des Spediteurs Emil Tews hat mehrfach den Eigentümer gewechselt. Wie aus der beigefügten Kartenskizze hervorgeht, gehörte es 1815 einem Ackerbürger Raddatz. Um 1850 hatte dort der Ackerbürger Schuffert seine Scheune. Diese brannte 1860 ab und wurde von ihm wie-



Darstellung

nach einer Kartenskizze aus dem Jahre 1815.

der aufgebaut. 1870 erwarb der Brauereibesitzer Toepfer das Grundstück, der es 1889 an Siegmund Blau weiter verkaufte. Blau betrieb Möbelfabrikation und baute dort einen Dampfkessel ein. Aus diesem Betrieb ist die heutige Möbelfabrik „Decker und Blau" an der Schlawerstraße hervorgegangen. Von Siegmund Blau erwarb 1906 Emil Tews das Grundstück, der dort die noch heute bestehende Spedition betreibt.

Das Wohnhaus Stephanplatz 8 ist alter Besitz der Familie Tränkner.

Das Eckhaus an der Kl. Auckerstraße ist von dem Zimmermeister Gollner gebaut worden. Viele Jahre gehörte es dann der Familie Puttkamer, von der es 1900 der Malermeister Otto Skubasch erwarb. Dieser veräußerte es zwei Jahre später an seinen Bruder, den Eisenbahnbeamten Hermann Skubasch — jetzt Hermann Rupprecht —, der nach dem Kriege in dem Hause einen Laden einbaute und dort die Zeitung „Stolper Neueste Nachrichten" ins Leben rief. Der Zeitungsbetrieb mußte später wegen der engen Räumlichkeiten nach der Bahnhofstraße verlegt werden. Rupprecht ist dann aus dem Zeitungsunternehmen ausgeschieden und vertreibt jetzt in seinem Laden Stephanplatz 9 Büroartikel.

Die Grundstücke an der Südseite des Stephanplatzes sind so tief, daß sie, ohne die Geschäftsbetriebe zu schädigen, an der Straße mit mehrstöckigen Wohnhäusern — möglichst Hochhäusern — bebaut werden könnten, wodurch der Platz städtebaulich sehr gewinnen würde.

16. Der Stephanplatz und das Marktproblem.

Im Mittelalter spielte in Ermangelung von Geschäftsläden der Marktplatz, der zugleich Gerichtsstätte und Ort der Volksversammlungen war, eine größere Rolle als heute. Es sei nur auf die

Disputation des Dr. Amandus im Jahre 1525 und auf die große Friedensfeier bei Beendigung des Siebenjährigen Krieges auf dem Stolper Marktplatz hingewiesen. In den planmäßig angelegten Kolonialstädten des Ostens gab man deshalb dem Marktplatz die bevorzugteste Lage Der Marktplatz in Stolp ist hierfür ein Musterbeispiel. Da mitten auf dem Platz noch das Rathaus stand, war die für den Marktbetrieb zur Verfügung stehende Fläche nicht allzu groß. Mehr Gelände konnte man aber in Stolp nicht frei machen, da der Wohnraum durch die Stadtbefestigung und diese wiederum im Osten durch die Stolpe und im Süden, Westen und Norden durch den Sumpfgürtel bedingt war. Für die kleine mittelalterliche Stadt wird der ringförmig um das Rathaus liegende Markt ausgereicht haben. Schließlich fanden auch bei großem Andrang Verkaufsbuden und Wagen in den Nachbarstraßen Platz. Allerdings der Platz um die Marienkirche stand nicht zur Verfügung. Der war noch bis 1797 Begräbnisplatz.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam ein besonderes landwirtschaftliches Erzeugnis in großer Menge auf den Stolper Markt, so daß der Platz dafür nicht ausreichte. Dies war die Wolle. Die Schafzucht, die Friedrich der Große in Pommern durch Anlegung einer Reihe von Schäfereien auf Domänenvorwerken, wie z. B. in Ulrichsfelde, Beddin, Sageritz und Papritzfelde, besonders gefördert hatte, entwickelte sich allmählich auch auf den Gütern und in den Bauerndörfern. Diese Wollerzeugung führte in Stolp zur Schaffung eines besonderen Wollmarktes auf der zugeschütteten Quebbe vor dem Neuen Tor.

Wiederum ein entscheidender Augenblick von weittragender Bedeutung trat für den alten Marktplatz um die letzte Jahrhundertwende ein, als das neue Rathaus am Stephanplatz fertig wurde. Damals, im Januar 1900, verlangte

Bürgermeister Matthes von der städtischen Baukommission die Beantwortung der Frage: „Wie verwerten wir am besten das alte Rathaus auf dem Markt?“

Die Baukommission, der damals Stadtrat Plankemann und die Stadtverordneten Bannier, Mühmelt, Dedo Töpfer, Waldow und Bremer angehörten, empfahl, das Rathaus im ganzen an einen Gewerbetreibenden zu gewerblichen Zwecken — etwa zum Umbau für ein Warenhaus — langfristig zu vermieten. Die Herren verkannten allerdings nicht, daß hierdurch die umwohnenden Geschäftsleute geschädigt würden.

Die Kaufmannschaft, die sofort die ihr drohende Gefahr erkannte, versuchte die Vermietung als Warenhaus auf jeden Fall zu verhindern und wurde beim Magistrat vorstellig mit dem Erfolg, daß dieser im Oktober 1900 beschloß, in dem alten Rathaus nur Behörden und Büros unterzubringen. Man dachte an das Bezirkskommando, das Katasteramt oder eine Bank. Falls dann noch Räume übrig blieben, sollten diese für die Berufsschule, für das Heimatmuseum oder für die Volksbücherei bereit gestellt werden. — Es ging aber nur ein ernsthaftes Angebot ein und zwar im Januar 1901 von dem Syndikus Dr. Sievers, der sich für die Industrie- und Handelskammer um den Magistratssitzungssaal und die Zimmer des ersten und zweiten Bürgermeisters bewarb.

Die Vermietung einzelner Räume führte zu keinem Ziel. Der Magistrat bot deshalb darauf das Gebäude wieder als Ganzes aus. Als Hauptbewerber traten die beiden Kaufleute Robert Landt und Blaustein auf und überboten sich gegenseitig. Beide wollten natürlich das Rathaus zum Warenhaus umbauen, wenn auch Blaustein seine Pläne nicht bekannt gab.

Im Magistrat war man sich nicht einig, was man tun sollte.

Da brannte am 22. April 1901 das Kreishaus ab, und der Landrat von Schmeling bat im Hinblick auf die Notlage, dem Landkreis das alte Rathaus zu vermieten. Das schien der Stadtverordnetenversammlung die beste Lösung der Frage. Aber die Freude dauerte nur einige Tage. Da kam die städtische Sparkasse mit einem scharfen Einspruch gegen den Plan der Stadtväter. Der Sparkassenvorstand wies darauf hin, daß es ganz unmöglich sei, die eben von der Stadtsparkasse verlassenen Räume der Kreissparkasse zu übergeben; man würde alle Kunden dem Konkurrenzunternehmen mitübergeben.

Nun war wieder guter Rat teuer. Die Stadtverordnetenversammlung mußte entscheiden. Sie beschloß am 15. Mai 1901 die Vermietung an Blaustein für 4000 Mark jährlich mit der Bedingung, die Räume für sich selbst oder in Aftervermietung nur für Bürozwecke zu verwenden. Beim Vertragsabschluß entstanden jedoch Schwierigkeiten. Es gab ein langes Verhandeln über die von der Stadt gestellten Bedingungen, und das Ende vom Liede war, daß Blaustein (Inhaber der Firma war Schlesinger) den Vertrag nicht unterschrieb.

Nun mußte sich neun Tage später die Stadtverordnetenversammlung erneut mit der Sache befassen. Am 24. Mai kam es zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen. Zwei Parteien standen sich gegenüber mit dem Schlachtruf: „Hie Robert Landt!“ — „Hie B. L. Blaustein!“ — Die Rufer im Streit waren auf der einen Seite der Rechtsanwalt Julius Zilesch, der für Landt sprach, während Cassel, Weith, Goldstein und Aron sich für Blaustein einsetzten. Eine Sonderstellung nahm der Gerbereibesitzer August Alsleben ein, indem er empfahl, den ganzen Streit durch sofortigen Abbruch des Rathauses zu erledigen. Das Ergebnis der Abstimmung war, daß die Stadtverordnetenversammlung die Ver-

mietung an Robert Landt für 4000 Mark jährlich mit 14 gegen 12 Stimmen beschloß.

Von Robert Landt war bekannt, daß er das alte Rathaus zu einem Kaufhaus großen Stils ausbauen wollte. Die Antwort auf den Stadtverordnetenbeschluß war deshalb eine von 62 Kaufleuten unterschriebene Protestnote an den Magistrat. Es wurde darin ausgeführt: Der Reichstag suche durch Ausnahmegesetze für Warenhäuser den gewerblichen Mittelstand zu schützen. In Stolp mache man es umgekehrt. Hier wären es weniger unternehmungslustige Kaufleute als vielmehr die städtischen Körperschaften, die die Errichtung eines Warenhauses förderten. Die Häuser mit den teuer eingerichteten Läden am Markt und in den angrenzenden Straßen würden dadurch entwertet. Nicht nur die Eigentümer und Ladeninhaber, sondern auch die Hypothekengläubiger würden in unübersehbarer Weise geschädigt. Die Miete von 4000 Mark für das alte Rathaus spiele im Haushalt der Stadt gar keine Rolle. Sie betrage nur ein Drittel vom Hundert des Gesamtetats. Diesen Mietseinnahmen würde aber sicher ein großer Steuerausfall gegenüberstehen. Die Beteiligten baten deshalb, das Rathaus abzubrechen. Hierdurch würde der Magistrat am besten den Belangen des gesamten Mittelstandes dienen und zugleich der Stadt einen ihrer Größe angemessenen Marktplatz schaffen. —

Die Sache war reichlich verfahren. Da erschien als Retter in der Not der Brauereibesitzer Paul Heydemann. Er machte den Kaufleuten klar, daß sie sich die Befreiung von dem Albdruck des Landtschen Kaufhauses schon etwas kosten lassen könnten. Es wäre kein weggeworfenes Geld, und der auf den Einzelnen fallende Betrag verhältnismäßig gering, wenn sie der Stadt das alte Rathaus abkauften und es dann niederlegten. Paul Heydemann, der besonders

von den Kaufleuten Richard Haenisch und David Neumann unterstützt wurde, erhielt zur Verhandlung mit dem Magistrat eine Vollmacht von 37 Geschäftsinhabern.

Es wurden Verhandlungen eingeleitet. Bürgermeister Matthes forderte für das alte Rathaus zunächst 50 000 Mark, aber schließlich einigte man sich auf 30 000 Mark. Die Stadtverordnetenversammlung trat dieser Sache wegen am 19. Juni 1901 innerhalb von fünf Wochen zum dritten Male zusammen und beschloß: „Gegen Zahlung von 30 000 Mark verpflichtet sich die Stadt, das alte Rathaus niederzulegen und den freigewordenen Platz mit Gebäuden nicht wieder zu besetzen". — Zugleich beschloß sie die Vermietung der alten Schule an der Butterstraße an den Landkreis für 2000 Mark jährlich bis zur Fertigstellung des neuen Kreishauses.

Die 30 000 Mark wurden von der Kaufmannschaft innerhalb zweier Wochen gezahlt. Das Rathaus wurde dann sofort abgebrochen. So erhielt 1901 der Marktplatz sein heutiges Gesicht. In der Mitte des Platzes errichtete dann die Stadt im Dezember 1907 das Blücher-Denkmal.

Hin und wieder hört man in der Kaufmannschaft die Behauptung, die Stadt sei nicht berechtigt, den gesamten Wochenmarkt nach dem Stephanplatz zu verlegen. Dies widerspräche der Vereinbarung, nach der die 30 000 Mark gezahlt worden seien. Diese Ansicht ist nicht richtig. Die 30 000 Mark hat die Kaufmannschaft lediglich für den Abbruch des Rathauses gegeben.

Für den Viehhandel besaß Stolp schon im Mittelalter einen besonderen Marktplatz vor dem Holstentor, in der Gegend der Reitbahn. Um 1800 wurde er nach dem Sandberg verlegt. Hier wurden Pferde, Rinder, Ziegen, Schafe und Gänse zum Verkauf gestellt. Der südliche Teil des Sandbergs hieß Schnüffelmarkt. Das bedeutet Schweinemarkt. Das Wort stammt von

dem Schnüffeln der Schweine. Die alten Stadtkarten (Arnold um 1800 und Schafft 1811) enthalten den Namen zwar noch nicht, aber er findet sich als Ortsbezeichnung in alten Kaufverträgen. Als Bürgermeister Ottomar Runge im Jahre 1851 die Numerierung der Häuser einführte und mehrere Straßen neubenannte, wurde der Name Schnüffelmarkt, der übrigens in Lauenburg heute noch besteht, aufgegeben. — Um die Jahrhundertwende wurde der Viehmarkt nach dem 1890 erbauten Schlachthof verlegt. Eine gute Lösung. Denn jetzt befinden sich der Viehmarkt, der Schlachthof, der Tierarzt und der notwendig dazu gehörende Gasthof „Schlachthof-Restaurant“ oder vom Volk gut deutsch „Ochsenkrug“ genannt, an einer Stelle. Es fehlt nur noch, daß die Viehverladung, die heute noch auf dem Güterbahnhof stattfindet, nach dem Schlachthof verlegt wird. Ein Anschlußgleis zur Stolpetalbahn und alle sonstigen Vorbedingungen sind bereits vorhanden. Hierdurch würden die Hospitalstraße, die Hauptdurchgangsstraße der Stadt, und die zu enge Straßenunterführung an der Eisenbahn entlastet. —

Der Fischmarkt ist am Mühlentor erst im vorigen Jahrhundert eingerichtet worden. Vorher war der noch von einem dritten Stolpearm durchquerte Platz Holzhof des Kadettenhauses. Bei der Stadtverwaltung bestand schon mehrfach die Absicht, den Fischmarkt mit dem Fleischmarkt auf dem Stephanplatz zu vereinigen. Es gibt aber immer noch Verteidiger des Fischmarktes am Mühlentor, die anführen, daß für die zum Verkauf gestellten Fische Wasser nötig sei, das man am besten aus der Stolpe entnähme. Auch Schuppen und Abfälle könne man hier am einfachsten entfernen, indem man sie in den Fluß werfe

Es ist bereits gesagt worden, daß in Stolp durch das Aufblühen der Schafzucht ein besonde-

rer Wollmarkt nötig wurde, und daß dies zur Auffüllung der Quebbe vor dem Neuen Tor führte. Beim Uebergang der Güter zur intensiven Bewirtschaftung am Ende des vorigen Jahrhunderts ist die Schafzucht in Pommern schnell zurückgegangen. Wolle wird auf dem Platz vor dem Neuen Tor schon lange nicht mehr verkauft. Auch der Name Wollmarkt ist in Stephanplatz geändert worden. Aber als Marktplatz ist er weiterhin nötig. Wegen seiner Weiträumigkeit macht er dem Marktplatz immer mehr das Feld streitig. Heute reicht der alte Marktplatz, trotzdem das Rathaus dort verschwunden ist, kaum noch für die Verkaufsstände der Gärtner sowie für die Verkäufer von Butter, Eiern, Pilzen, Beeren und Geflügel aus. Der Fleischmarkt, der längere Zeit auf dem Kirchplatz untergebracht war, ist neuerdings nach dem Stephanplatz verlegt worden, wo außerdem noch Kartoffeln, Heu, Stroh, Töpferwaren, Korbwaren, Holzpantoffeln und im Spätherbst vor allem geschlachtete Gänse feilgeboten werden.

Für die Hausfrauen ist es recht unbequem, daß sie an den Wochenmarkttagen unter Umständen drei Marktplätze zum Einkauf aufsuchen müssen. Deshalb ist der Hausfrauenverein früher mehrfach beim Magistrat vorstellig geworden mit der Bitte, den gesamten Wochenmarktbetrieb auf dem Stephanplatz zu vereinigen. Die Stadtverwaltung hat diesen Vorschlag ablehnen müssen. Gegen diese Vereinigung, die an sich zu begrüßen wäre, bestehen viele und schwere Bedenken.

Schon eine Reihe äußerer Umstände spricht dagegen. So ist der Stephanplatz im Gegensatz zum alten Marktplatz zu wenig windgeschützt, da die Platzwände an allen Seiten aufgerissen sind. Auch das Pflaster, das in den Stolper Straßen mit geringen Ausnahmen als gut zu bezeichnen ist, läßt gerade auf dem repräsentativsten Platz der Stadt viel zu wünschen übrig. Der auf der

einstigen Quebbe aufgefahrene Sand ist nach der Pflasterung immer noch etwas nachgesackt, so daß bei starkem Regen und im Winter bei Tauwetter das Wasser nicht abfließen kann. Wünschenswert wäre eine Asphaltierung des Platzes, die allerdings von Streifen aus Reihensteinen oder dergleichen unterbrochen werden müßte, um eine zu einförmige Wirkung der großen Fläche zu vermeiden.

Aber nicht in dem Zustand des großen Platzes liegen die Hauptbedenken, hier alle Stolper Märkte zu vereinigen, sondern auf wirtschaftlichem Gebiet. Der geschäftliche Schwerpunkt der Stadt ist heute noch der alte Markt. Durch den Bau des Rathauses am Stephanplatz hat die Neutorstraße in geschäftlicher Beziehung bereits das Uebergewicht erhalten gegenüber den anderen am Markt einmündenden Straßen. Mit der Verlegung des ganzen Wochenmarktes nach dem Stephanplatz würde sich auch das Geschäftsleben dorthin verschieben, und die Geschäftshäuser im Stadtkern würden stark entwertet werden.

Der Plan des Hausfrauenvereins, gegen den auch die Industrie- und Handelskammer ablehnend Stellung genommen hat, ist unter den obwaltenden Umständen nicht durchführbar.

Ganz neue Fragen werden entstehen, wenn die Entwicklung der Stadt soweit vorgeschritten ist, daß der Bau einer Markthalle nötig wird. Möglichst im Mittelpunkt der Stadt wird diese Halle liegen müssen. Schwierig wird deshalb die Platzwahl sein. Bei Erörterungen dieser Frage ist stets das Reitbahngrundstück genannt worden. Günstiger zum Verkehr würde aber zweifellos das Grundstück der Mittelschule liegen. Jedoch dies ist Zukunftsmusik. Planung und Ausführung müssen wirtschaftlich besseren Zeiten vorbehalten bleiben.

17. Der Stephanplatz als städtebauliche Anlage.

Von einem Verkehrsplatz, wie es der Stephanplatz in Stolp ist, verlangt man, sofern er als städtebauliche Anlage wirken soll, daß er, abgesehen von der Architektur der Gebäude, zwei Bedingungen erfüllt: Erstens, die Höhe der Häuser muß der Platzgröße angepaßt sein. Und zweitens, der Platz muß räumlich wirken. Das heißt, die Platzwände müssen möglichst geschlossen sein. Der Stolper Marktplatz ist in dieser Beziehung ein gutes Beispiel. Der Stephanplatz dagegen erfüllt die gestellten Bedingungen nicht, wenigstens heute noch nicht.

Bei der Größe des Stephanplatzes — sie beträgt innerhalb der Gebäudefronten 18 500 Quadratmeter (7½ Morgen) — müßten alle den Platz einschließenden Gebäude Hochhäuser sein. Selbst Gebäude in der Höhe des Rathauses und des Kaufhauses Zeeck kommen, was ihre monumentale Wirkung anbetrifft, auf dem weitläufigen Platz nicht zu voller Geltung.

Hier gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder man stellt um den großen Platz nur Hochhäuser oder man verkleinert ihn. Da nun in einer Mittelstadt wie Stolp der Bau von Hochhäusern — wenigstens von mehreren Hochhäusern — abwegig wäre, so machte 1923 Stadtbaurat Weegmann den Vorschlag zu einer Verkleinerung des Platzes. Sein Plan ging dahin, auf dem Stephanplatz zwei langgestreckte dreistöckige Kontorhäuser, das eine parallel der Promenade gegenüber dem landwirtschaftlichen Konsumverein und das andere neben der Promenade der verlängerten Wollmarktstraße zu errichten. Durch den Entwurf, der vor dem Rathaus sozusagen einen Ehrenhof schafft, wäre erreicht worden, daß das jetzt etwas vereinsamte Kaiser-Wilhelm-Denkmal und vor allem das Rathaus gehoben

und zu stärkerer Wirkung gelangt wären. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht ließe sich der Entwurf durchaus vertreten. Die Erdgeschoßräume der Kontorhäuser hätten sich hervorragend für die Sparkasse, für Läden, als Ersatz für eine Markthalle, und dergleichen geeignet. In den oberen Räumen hätte man die Amtsstellen unterbringen können, für die später das Behördenhaus gebaut wurde.

Der großzügige Plan, dessen Finanzierung damals möglich gewesen wäre, kam nicht zur Ausführung. Er stellte einen zu starken Eingriff in die bestehenden Verhältnisse dar. Die maßgebenden Kreise meinten, den Widerstand der Bürgerschaft gegen eine Verkleinerung des Platzes nicht überwinden zu können. Letzten Endes wollte man lieber auf eine schöne Platzanlage verzichten, als auf eine Einschränkung des größten Volksfestes der Stadt, des Schützenfestes, dessen Rummel sich auf dem Stephanplatz abspielt.

Mit der zweiten Forderung, der geschlossenen räumlichen Wirkung des Platzes, ist es noch schlechter bestellt, als mit der ersten. An der Südseite des Platzes mit den Baulichkeiten von Rupprecht, Tränkner, Tews, Hosenfeldt und Zeuner u. Gosda fehlt die Platzwand fast noch ganz. An der Westseite steht das Rathaus, das aber die Platzseite nicht ausfüllt, sondern durch die kleinen seitlichen Anlageflächen zwei städtebaulich höchst unerwünschte Lücken schafft. Welch' schöne Platzseite und welche monumentale Wirkung hätte man mit dem Rathaus erzielen können, wenn man seine beiden Flügelbauten in die Platzfront gesetzt hätte! — Anzuerkennen ist, daß das Rathaus soweit in den Stephanplatz hineingerückt worden ist, daß der 59 Meter hohe Turm gerade vor der Bachstraße steht und für diese einen guten Abschluß bildet.

An der nördlichen Platzseite sind die Stolper Bank und das Haus des Landwirtschaftlichen

Konsumvereins an sich ansehnliche Bauten, aber sie schließen die Platzwand nicht. Zwischen dem Konsumvereinshaus, das mit seinen zwei Stockwerken für den Platz nicht hoch genug ist, und dem Kaffeehaus Reinhardt klafft eine breite Lücke, die früher eine hier stehende große Esche ausfüllte.

Die östliche Platzwand macht mit dem Kaffeehaus Reinhardt, dem gut eingefügten, wenn auch durch die hohen Nachbargebäude etwas gedrückten Neuen Tor und dem wirkungsvollen Kaufhaus Zeeck einen guten Anfang. Aber dann kommt das Schmerzenskind, die unglückliche Einmündung der Prediger- und der Ringstraße schräg und mitten in die Platzwand. Städtebaulich wie verkehrstechnisch gleich unerwünscht. Wenn der Krieg nicht gekommen wäre, stände wahrscheinlich das baufällige Schützenhaus nicht mehr, aber auch trotz dieser Notzeit sind seine Jahre hoffentlich gezählt. Bei seinem Abbruch dürfte es geraten sein, die Ringstraße rechtwinklig in den Stephanplatz einzuführen. Solange man neben dem Wisniewskischen Hause in der Ringstraße keine weiteren Bauten zuläßt, bleibt die Verbesserungsmöglichkeit bestehen. Zwischen der Predigerstraße und der verlegten Ringstraße würde dadurch ein gut geschnittener Bauplatz geschaffen, auf den man mit Vorteil ein Hochhaus setzen könnte.

Wenn sich wieder einmal die Gelegenheit bietet, daß, wie in den ersten Jahren nach dem Kriege, der Stadt größere Geldmittel zur Belebung der Bautätigkeit zufließen, so sollte man daran denken, daß das Hemd dem Körper näher ist als der Rock. Man sollte das Geld nicht für Bauten am Rande der Stadt, sondern zum Ausbau des noch reichlich lückenhaften Stadtinnern und zum Ausbau des Stephanplatzes verwenden.

Drei Generationen haben sich bisher um den Stephanplatz bemüht. Fertig geworden ist er

nicht. Unseren Nachfahren bleibt noch ein gutes Stück Arbeit übrig, um den Platz zu einem würdigen Mittelpunkt der Stadt zu machen.

18. Forum stolpense.

Zur Zeit der deutschen Romantik vor hundert Jahren bot Stolp dem vom Westen kommenden Reisenden das Bild einer verträumten Landstadt. Frösche quakten im Ried und Rohr der großen Quebbe vor dem neuen Tor. Nebelschwaden geisterten um das Erlengebüsch des Auckerbaches. Liebesleute lustwandelten im Mondschein auf dem Stadtwall. — Diese alte Romantik ist längst durch eine unserer Zeit entsprechende neue ersetzt worden. An Stelle der Stadtmauern neue moderne Häuser. Auf dem eingeebneten Wall ein breiter mit bestem Mosaikpflaster belegter Bürgersteig. Statt der einzelnen Paare von einst der große allabendliche Bummel mit Flirt und Lachen und drängenden Menschenmassen. Der Mond scheint zwar auch heute noch, aber gänzlich unbeachtet vor dem grellen elektrischen Licht der großen Schaufenster. Das Poggengequarr ersetzen viel ausdrucksvoller die Hupen der Kraftwagen und das Geknatter der Motorräder. Und was sind die Nebelschwaden von einst gegen die Lunge und Leber verzehrende Auspuffgase von heute? —

Aus der früheren Quebbe ist der Stephanplatz aufgestiegen; die Bühne, auf der sich heute ein gut Teil des Stolper Lebens und der Stolper Geschichte abspielt. Der weite Raum dient der Wirtschaft, der Politik und dem Vergnügen. Er ist Parkplatz und Paradeplatz. Auf ihm demonstrieren, protestieren und paradieren die Stolper, sobald sie es für nötig halten. —

Hier weihte Kaiser Wilhelm II. am 5. September 1910 das Denkmal seines Großvaters. Auf der Rathaustreppe nahm am 15. August

1926 der Feldmarschall von Hindenburg von dem Zimmermeister Franz Karsten den Becher des Stolper Handwerks entgegen. — Der General Ludendorff schritt über den Platz, als er am 13. Februar 1929 im überfüllten Schützenhaussaal gegen die überstaatlichen Mächte sprach. — Vor dem Generalfeldmarschall von Mackensen standen hier vor und nach dem Kriege zu wiederholten Malen die Blücherhusaren und die alten Soldaten in Parade. — Der Bodenreformer Adolf Damaschke sprach am 21. Januar 1924 im Schützenhaus und war am nächsten Tage im Rathaus und in den Stolper Siedlungen. — Der Ozeanflieger Hermann Köhl war bereits vor seinem berühmten Fluge — er richtete 1926 die Nachtfluglinie Berlin—Stolp—Königsberg ein — im Rathaus und im Kaffeehaus Reinhardt. Aber auch nach seinem Amerikaflug besuchte er Stolp am 27. März 1930. — Der Kronprinz, Prinz Oskar, Prinz August Wilhelm, General der Kavallerie von der Marwitz, der Tibetforscher Wilhelm Filchner (am 20. Februar 1930), der Seeheld Graf Felix Luckner, der Läufer Dr. Peltzer (am 18. Juli 1926) und viele berühmte Dichter, Schriftsteller, Gelehrte, Musiker, Sänger und Schauspieler, die der Verlagsbuchhändler Oskar Eulitz und der Konzertagent Felix Albrecht nach Stolp gebracht haben, kreuzten den Stephanplatz.

Am 8. Oktober 1927 trugen sich der preußische Staatsminister Grzesinski und der Oberregierungsrat Dr. Hirschfeld vom preußischen Ministerium des Innern in das Goldene Buch der Stadt ein. Auf Magistratsbeschluß vom 23. Mai 1933 ist dieses Blatt aus dem Buch herausgeschnitten worden.

Auf Einladung der Stadt standen am 28. August 1927 die jungen Seeleute des Segelschulschiffes „Niobe“, das am 26. Juli 1932 mit der Besatzung im Fehmarnbelt unterging, vor dem Kaiserdenkmal auf dem Stephanplatz in Parade.

Vor seinem Polarflug mit dem Luftschiff „Italia“, das in der Halle in Seddin lag, schritt am 16. April 1928 der General Umberto Nobile mit seinen Offizieren, die fast alle den Tod im Eismeer gefunden haben, zum Rathaus, wo die Stadt im blumengeschmückten Festsaal ihm zu Ehren ein Bankett gab. — Am 22. April 1928 kam der Mailänder Automobilklub mit 44 Wagen nach Stolp, um Nobile vor seiner Abfahrt zum Nordpol einen Gruß zu entbieten. Der Generaldirektor des Automobilklubs, Merkanti, legte die Strecke Mailand—Stolp in 25 Stunden 53 Minuten mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 65 Kilometer in der Stunde zurück Nach einem Festmahl im Wallhaus und einer Korsofahrt auf dem Stephanplatz fuhren die Italiener wieder heimwärts nach Süden. —

In den trübsten Tagen der deutschen Geschichte, im November 1918, standen auf dem Stephanplatz die verblendeten Haufen des Arbeiter- und Soldatenrates und setzten auf das Rathaus die rote Fahne des Aufruhrs und des Klassenkampfes. — Auf dem Stephanplatz gedachten die vaterländischen Verbände in eindrucksvollen Feiern der Toten des Weltkrieges. Hier erhoben sie mit aufrüttelnden Reden Einspruch gegen alle Gewalttaten unserer Gegner nach dem sogenannten Friedensschluß. — Hier erscholl das Hurra der Kriegervereine und das „Nie wieder Krieg“! der Pazifisten. — Hier marschierten „Der Stahlhelm“, die SA. und die SS., um den Wehrgedanken in der Bevölkerung wach zu halten, und an der gleichen Stelle demonstrierte dagegen das „Reichsbanner“. — Von den Stufen des Kaiserdenkmals herab suchten Redner aller politischer Parteien die Bevölkerung in diesem oder jenem Sinne zu beeinflussen. — Gottlosenverbände traten auf dem Stephanplatz auf, und die Heilsarmee sang hier ihre frommen Lieder. —

Das Bild der deutschen Zerrissenheit. —

Dann kam die Reichstagswahl vom 5. März 1933 mit dem großen Siege Adolf Hitlers. Am Nachmittag des 7. März marschierten der Stahlhelm unter Kreisbaurat Zander und die SA. und SS. unter dem Standartenführer Holz auf den Stephanplatz und hißten auf dem Rathause die schwarz-weiß-rote und die Hakenkreuzfahne. Der völkische Umschwung war da, und er kam zum vollen Ausdruck in der großen einigenden Maifeier des Dritten Reiches am 1. Mai 1933 auf dem Stephanplatz.